



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 19. September 2008

Antwort der Landesregierung auf die Fragen der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2009/2010 (Umdruck 16/3438) - Teil 1 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung auf die in o. g. Umdruck gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2009/2010.

Die Antworten auf die Fragen zum Einzelplan 01 und Kapitel 1201 werden mit besonderem Umdruck versandt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Arne Wulff

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	7
Kapitel:	03 01
Titel:	281 02
Zweckbestimmung:	Erstattungen für Personal- und Nebenkosten für die Leitung des Freilichtmuseums Molfsee u.a.

Ansatz Ist 2007:	71,2 T €
Ansatz Soll 2008:	0,0 T €
Ansatz Soll 2009:	0,0 T €
Ansatz Soll 2010:	0,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Warum handelt es sich hier um einen Nulltitel, obwohl in den vergangenen Jahren stets Einnahmen (06: 58,0 und 07: 71,2) zu verzeichnen waren?

Antwort der Landesregierung:

Da die Einnahmen im Laufe der Jahre in unterschiedlichen Beträgen gebucht wurden, ist die Praxis des Bildungsministeriums nach 2005 fortgesetzt worden und keine konkreten Einnahmen genannt worden. Im Ist werden im Schnitt pro Jahr ca. 64 T€ erreicht.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	7
Kapitel:	03 01
Titel:	359 01/919 01
Zweckbestimmung:	Entnahmen aus der Rücklage für Personalausgaben / Zuführung

Ansatz Ist 2007:	643,0 T € / 1.302,0 T €
Ansatz Soll 2008:	0,0 T € / 0,0 T €
Ansatz Soll 2009:	0,0 T € / 0,0 T €
Ansatz Soll 2010:	0,0 T € / 0,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Stand der Rücklage zum 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Der Stand der Rücklage am 31.12.2007 beträgt 1.302,0 T €.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	7
Kapitel:	03 01
Titel:	359 02/919 02
Zweckbestimmung:	Entnahmen aus der Rücklage für Sachausgaben

Ansatz Ist 2007:	320,0 T € / 430,0 T €
Ansatz Soll 2008:	0,0 T € / 0,0 T €
Ansatz Soll 2009:	0,0 T € / 0,0 T €
Ansatz Soll 2010:	0,0 T € / 0,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Stand der Rücklage zum 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Der Stand der Rücklage am 31.12.2007 beträgt 430,0 T €

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	9
Kapitel:	03 01
Titel:	428 01
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2007:	3.968,3 T €
Ansatz Soll 2008:	4.646,0 T €
Ansatz Soll 2009:	4.642,0 T €
Ansatz Soll 2010:	4.542,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Warum wird in 09 und 10 bei deutlich reduzierten Stellen deutlich mehr verausgabt? (07: 3,968 Mio. € bei 70 Stellen, 09: 4,642 Mio. € bei 67 Stellen, 10: 4,542 Mio. € bei 63 Stellen)
Zur Erläuterung: Wofür werden die jeweils 4,742 Mio. Euro zusätzlich benötigt, wenn die Anzahl der Stellen reduziert wird?

Antwort der Landesregierung:

Es wird nicht deutlich mehr verausgabt.
Die Titel 428 01 und 422 01 müssen im Zusammenhang gesehen werden. Das Einsparerfordernis in Höhe von 7,5 % wird im Bereich des Beamtentitels 422 01 für den Gesamtpersonalbestand erbracht. Stellen werden weniger im Beamtenbereich als im Beschäftigtenbereich erbracht, da in den letzten Jahren vermehrt Beamte beschäftigt werden. Gleichwohl wird auch der Beschäftigtentitel in der Tendenz reduziert. Insgesamt sinken die Gesamtpersonalkosten im Soll 2007: 7.652,8 Mio. €, 2008: 7.564,5 Mio. €, 2009: 7.424,9 Mio. €, 2010: 7.085,9 Mio. €. Es stehen damit nicht 4,742 Mio. € zusätzlich zur Verfügung, sondern es können auf Grund von Einnahmen aus der Rücklage (s. Haushaltsvermerk) insgesamt jeweils in 2009 und 2010 100 T€ bzw. 200 T€ in 428 02 mehr ausgegeben werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x-	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	11
Kapitel:	03 01
Titel:	526 99
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.

Ansatz Ist 2007:	89,1 T €
Ansatz Soll 2008:	70,0 T €
Ansatz Soll 2009:	110,0 T €
Ansatz Soll 2010:	70,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Warum ist der Ansatz 2009 um 40T€ höher als 2008 und 2010?

Antwort der Landesregierung:

Die Veranschlagung orientiert sich an dem jeweiligen konkreten Bedarf. Hieraus ergeben sich jährliche Schwankungen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	13
Kapitel:	03 01
Titel:	684 01
Zweckbestimmung:	Zuwendungen im Rahmen des Schleswig-Holstein-Tages

Ansatz Ist 2007:	0,0 T €
Ansatz Soll 2008:	85,0 T €
Ansatz Soll 2009:	0,0 T €
Ansatz Soll 2010:	150,0 T €

Frage/Sachverhalt:

Zuwendungen Schleswig-Holstein-Tag:

Warum soll 2010 fast doppelt so viel verausgabt werden wie in den Jahren 2006 und 2008?

Antwort der Landesregierung:

Das Landesfest wurde bis 2004 jeweils zweijährig gemeinsam mit einem regionalen Stadtfest veranstaltet. Es konnte damit kaum eigenes Profil entwickeln und war für junge Zielgruppen oder Familien mit Kindern wenig attraktiv. Seit 2006 haben Landeskuratorium Schleswig-Holstein-Tag und Landesregierung Konzeption und organisatorische Umsetzung verändert. Neben dem Aufwand für eine Organisationsagentur, für mehr eigenes Veranstaltungsprogramm und eigene Werbung führte auch die gute Resonanz bei den Ehrenamtlichen und beim Publikum 2006 und vor allem 2008 zu erhöhten Kosten, die anteilig zwar durch Sponsorengelder, Einnahmen aus Catering sowie durch die Beteiligung der gastgebenden Stadt gedeckt werden, aber auch eine Erhöhung des Landesanteils erforderlich machen. Nachdem die Zuwendungen des Landes zwischen 2000 und 2008 relativ konstant geblieben waren (zwischen 78,5 und 85 Tsd. Euro, 2002: 87 Tsd. Euro), hat sich die Landesregierung entschlossen, den Ansatz für das Jahr 2010 nicht zu verdoppeln, aber um 65 Tsd. Euro zu erhöhen – dies auch vor dem Hintergrund, dass die Zuwendung Schleswig-Holsteins in ihrer Bemessung nicht unwesentlich unter den Etatansätzen anderer Länder mit Landesfesten gelegen hat und der Ansatz in den letzten Jahren bereits nicht mehr auskömmlich war.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	13
Kapitel:	03 01
Titel:	684 02
Zweckbestimmung:	Zuwendungen des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf minderheitenpolitischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet

Ansatz Ist 2007:	67,7 T €
Ansatz Soll 2008:	120,0 T €
Ansatz Soll 2009:	105,0 T €
Ansatz Soll 2010:	96,8 T €

Frage/Sachverhalt:

- 1) Wozu genau dienen diese Zuwendungen?
- 2) Wer waren die Zuwendungsempfänger des Jahres 2007?
- 3) Warum sollen in 09 und 10 deutlich mehr Zuwendungen fließen als in den Jahren 06 und 07?

Antwort der Landesregierung:

- 1) Aus dem Verfügungsfonds (VF), wie der o. a. Titel allgemein bezeichnet wird, können auf Antrag Zuwendungen des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet unterstützt werden. Ausgeschlossen sind Maßnahmen von Dienststellen oder Einrichtungen staatlicher oder kommunaler Seite sowie Parteien, Parteigliederungen, Parteiorganisationen und Parteiinstitutionen einschließlich der Jugendorganisationen.
Es gilt das Nachrangigkeitsprinzip, d.h. erst wenn in den anderen Ressorts keine Fördermöglichkeiten vorhanden sind oder Mittel restlos verplant sind und die Maßnahme fachlich befürwortet wird, kommt überhaupt eine Förderung aus dem Verfügungsfonds in Betracht. Einen besonderen Schwerpunkt bildet seit jeher die Förderung an die nationalen Minderheiten und Volksgruppen sowie für die Grenzlandarbeit (vgl. Haushaltserläuterungen). Historisch ist der VF aus dem Grenzlandfonds hervorgegangen.
- 2) Im Jahre 2007 wurde an 14 Zuwendungsempfänger ausgezahlt. Im Einzelnen handelt es sich um
 - Schleswig-Holsteinischer Heimatbund
 - Sydslesvigsk Forening
 - Grenzfriedensbund
 - Bund deutscher Nordschleswiger

- Philharmonisches Orchester Kiel und Landesjugendorchester
- Musikzug Halstenbek
- Jugendwerk des Kirchenkreises Norderdithmarschen
- Sängerbund Schleswig-Holstein
- Arbeitsgruppe Landesversammlung der Holsten
- Anderes Lernen e.V. – Heinrich-Böll-Stiftung
- Haus Peters e.V.
- Verein für Gemeindefranken- und Altenpflege des Kirchenkreises Lübeck e.V.
- zwei Autoren (Druckkostenzuschuss)

3) Der Ansatz 2009 ist im Vergleich zum Jahr 2006 um 70 T€ und Vergleich zum Jahr 2007 um 15 T€ gekürzt. Für das Jahr 2010 wurde eine weitere Kürzung um 18,2 T€ im Vergleich zum Vorjahr vorgenommen. Eine Erhöhung der Ausgaben für Zuwendungen ist daher nicht geplant. Die Ist-Ausgaben sind darüber hinaus vom Umfang der eingehenden Anträge abhängig, so dass sie jährlichen Schwankungen unterliegen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	14
Kapitel:	03 01
Titel:	684 11
Zweckbestimmung:	Zuschuss an die deutschen Schulen in Nordschleswig

Ansatz Ist 2007:	1.273,4 T €
Ansatz Soll 2008:	1.339,4 T € Ist 1.304,0 T €
Ansatz Soll 2009:	1.335,3 T €
Ansatz Soll 2010:	1.367,4 T €

Frage/Sachverhalt:

Wenn laut Umdruck 16/3287 aus diesem Titel 35.400 € zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe 2008 entnommen wurden mit der Begründung „Anpassung an Besoldung“, warum rechnet die Staatskanzlei dann sogar mit steigenden Ausgaben in 09 und 10?

Antwort der Landesregierung:

Der Bedarf wird vom Bund Deutscher Nordschleswiger wie folgt errechnet, angemeldet und vom Land so akzeptiert:

Ist-Zuschuss des laufenden Jahres, davon angenommener Personalkostenanteil 80 %, davon 3 % als Erhöhungsbetrag für das Folgejahr; rechnerisch also eine jährliche Steigerung von 2,4 %. Für 2009 hat der BDN nach dieser Berechnung einen Bedarf in Höhe von 1.335.300 € geltend gemacht; für 2010 ergeben sich danach rechnerisch 1.367.347 €. Nach den Erläuterungen des Landeshaushaltes erfolgt die Bezahlung der Lehrkräfte nach dänischem Tarifrecht, „das jährlich an den Lebenshaltungsindex angepasst wird.“

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	19
Kapitel:	03 02
Titel:	428 01
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2007:	897,8 T €
Ansatz Soll 2008:	1.165,5 T €
Ansatz Soll 2009:	1.100,3 T €
Ansatz Soll 2010:	1.054,7 T €

Frage/Sachverhalt:

Wenn in 2007 für 24 Stellen (davon laut UD 16/3375 2,5 unbesetzt) 897,8 T€ verausgabt wurden, warum sollen dann in 09 für 22 Stellen 1,1 Mio. € und in 2010 für 21 Stellen 1,05 Mio. € verausgabt werden?

Antwort der Landesregierung:

Die Titel 428 01 und 422 01 müssen im Zusammenhang gesehen werden. Das Einsparerfordernis in Höhe von 7,5 % wird im Bereich des Beamtentitels 422 01 für den Gesamtpersonalbestand erbracht. Das Ist in 2007 (422 01) ist dadurch entsprechend höher als der Ansatz. Die Stelleneinsparungen werden ausschließlich im Beschäftigtenbereich erbracht. Insgesamt werden die Gesamtpersonalkosten reduziert im Soll 2007: 1.778,2 Mio. €, 2008: 1.728,7 Mio. €, 2009: 1.627,7 Mio. €, 2010: 1.530,1 Mio. €.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	12
Kapitel:	0501
Titel:	919 01
Zweckbestimmung:	Zuführung an die Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen

Ansatz Ist 2007:	200,0 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	0,0 T€
Ansatz Soll 2010:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Stand der Rücklage zum 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Der Rücklagenbestand zum 31.12.2007 beträgt 2.425.000,00 €.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	17
Kapitel:	05 02
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2007:	2.885,2 T €
Ansatz Soll 2008:	2.598,1 T €
Ansatz Soll 2009:	2.507,4 T €
Ansatz Soll 2010:	2.453,8 T €

Frage/Sachverhalt:

Wenn laut Stellenplan von 2008 auf 2009 9 Stellen wegfallen, warum reduziert sich der Ansatz dann nur um 90 T€?

Antwort der Landesregierung:

Die Entwicklung der Haushaltsansätze spiegelt die Einsparvorgaben aufgrund des Personalkosteneinsparkonzepts und der Verlängerung der Wochenarbeitszeit wider.

Ansatzkürzungen und Stellenreduzierungen können zeitlich auseinander fallen, da die Erbringung der Einsparvorgaben u.a. durch Nutzung der natürlichen Fluktuation erfolgt und daher die Stellen meist nicht genau zu Jahresbeginn, sondern überwiegend erst unterjährig frei werden.

Bei den unter „Veränderungen in 2009“ ausgewiesenen Stellenreduzierungen handelt es sich um die nachlaufende haushaltsrechtliche Abbildung von im Laufe des Haushaltsvollzugs 2007/2008 erfolgten Stelleneinsparungen. Sie beruhen nicht auf der Ansatzkürzung 2009, sondern hängen mit den Budgetreduzierungen der Vorjahre zusammen.

Ergänzender Hinweis:

Im Epl. 05 sind die in den einzelnen Kapiteln veranschlagten Personalkostenbudgets nicht mit den unter der jeweiligen Kapitelnummer ausgewiesenen Stellenplänen kongruent, da seit dem Haushaltsjahr 2006 die Veranschlagung nach Aufgabenbereichen erfolgt, die Stellenpläne dagegen nach Behörden getrennt aufgestellt sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	17
Kapitel:	05 02
Titel:	428 01
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2007:	4.363,0 T €
Ansatz Soll 2008:	4.397,9 T €
Ansatz Soll 2009:	4.369,8 T €
Ansatz Soll 2010:	3.833,6 T €

Frage/Sachverhalt:

1. Wenn laut Stellenplan von 2008 auf 2009 6 Stellen wegfallen, warum reduziert sich der Ansatz dann nur um 28 T€?
2. Warum reduziert sich bei gleichbleibender Stellenzahl der Ansatz in 2010 um 536 T€?

Antwort der Landesregierung:

Die Entwicklung der Haushaltsansätze spiegelt die Einsparvorgaben aufgrund des Personalkosteneinsparkonzepts und der Verlängerung der Wochenarbeitszeit wider.

Ansatzkürzungen und Stellenreduzierungen können zeitlich auseinander fallen, da die Erbringung der Einsparvorgaben u.a. durch Nutzung der natürlichen Fluktuation erfolgt und daher die Stellen meist nicht genau zu Jahresbeginn, sondern überwiegend erst unterjährig frei werden. Entsprechend ist in den Eckpunkten des Personalkosteneinsparkonzepts festgelegt, dass die Anzahl der Planstellen und Stellen in dem auf das Jahr der Budgetkürzung folgenden Haushaltsjahr reduziert wird.

Zu 1.:

Bei den unter „Veränderungen in 2009“ ausgewiesenen Stellenreduzierungen handelt es sich um die nachlaufende haushaltsrechtliche Abbildung von im Laufe des Haushaltsvollzugs 2007/2008 erfolgten Stelleneinsparungen. Sie beruhen nicht auf der Ansatzkürzung 2009, sondern hängen mit den Budgetreduzierungen der Vorjahre zusammen.

Zu 2.:

Bei der Ansatzreduzierung in 2010 um 536 T€ handelt es sich um die letzte Teilrate nach den Vorgaben des Personalkosteneinsparkonzepts. Die daraus folgenden Stellenreduzierungen sind erst zum Haushalt 2011 abbildbar.

Ergänzender Hinweis:

Im Epl. 05 sind die in den einzelnen Kapiteln veranschlagten Personalkostenbudgets nicht mit den unter der jeweiligen Kapitelnummer ausgewiesenen Stellenplänen kongruent, da seit dem Haushaltsjahr 2006 die Veranschlagung nach Aufgabenbereichen erfolgt, die Stellenpläne dagegen nach Behörden getrennt aufgestellt sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	19
Kapitel:	0502
Titel:	534 01
Zweckbestimmung:	Verlegung von Dienststellen

Ansatz Ist 2007:	0,0 T€
Ansatz Soll 2008:	255,0 T€
Ansatz Soll 2009:	100,0 T€
Ansatz Soll 2010:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wenn laut Umdruck 16/3287 aus diesem Titel 200 T€ zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe 2008 entnommen wurden mit der Begründung „Die Verlagerung der Landeskasse kann erst nach Herrichtung der Liegenschaft Wilhelminenstraße in 2009 erfolgen“, wie will das Finanzministerium dann mit 100 T€ in 2009 auskommen?
2. Ist der Zeitplan des Vorhabens zu halten?

Antwort der Landesregierung:

Im Zuge der Errichtung der Finanzämter Ostholstein und Plön (neu) wurden im Haushaltsjahr 2007 mehrere Umzüge durchgeführt. Auf Basis dieser Erkenntnisse wurde der Haushaltsansatz für den Umzug der Landeskasse neu ermittelt.

Die Herrichtung der Wilhelminenstraße soll im September 2009 abgeschlossen sein, so dass der Umzug Ende 2009 erfolgen kann.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	25
Kapitel:	05 05
Titel:	422 02
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte

Ansatz Ist 2007:	6.439,8 T €
Ansatz Soll 2008:	7.406,7 T €
Ansatz Soll 2009:	6.706,7 T €
Ansatz Soll 2010:	6.706,7 T €

Frage/Sachverhalt:

1. Warum werden für 19 Stellen in 2009 6,7 Mio. Euro in Ansatz gebracht?
2. Warum bleiben diese 6,7 Mio. Euro im Ansatz bestehen, obwohl in 2010 nur 15 Stellen im Stellenplan ausgewiesen sind und diese spätestens zum 31.07.08 wegfallen?

Antwort der Landesregierung:

Der Budgetansatz des Titels 05 05 422 02 betrifft nicht nur die unter diesem Titel ausgebrachten Stellen, sondern umfasst die Bezüge und Nebenleistungen sämtlicher beamteter Hilfskräfte.

Für die meisten z.A.-Beamtinnen und -Beamten erfolgt die Stellenbesetzung bereits unmittelbar nach der Laufbahnprüfung auf Planstellen (Tit. 422 01). Nur soweit nicht sofort ausreichend freie Planstellen für die Übernahme geprüfter Nachwuchskräfte zur Verfügung stehen, werden für einen vorübergehenden Zeitraum Stellen mit kw-Vermerk bei Tit. 422 02 ausgebracht (vgl. § 12b Nr. 2 HHG 2007/2008, § 15 Nr. 1 Entwurf HHG 2009/2010).

Die Bezahlung der z.A.-Beamtinnen und Beamten hingegen erfolgt unabhängig von der Stellenbesetzung immer aus Titel 422 02.

Die Budgetansätze 2009 und 2010 entsprechen dem tatsächlichen Bedarf.

Ergänzender Hinweis zu Frage 2:

Die im Stellenplan 2010 ausgewiesenen 15 Stellen tragen den Wegfallvermerk „... spätestens am 31.07.2010“.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	29
Kapitel:	0505
Titel:	533 99
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an die GMSH

Ansatz Ist 2007:	12,8 T€
Ansatz Soll 2008:	286,7 T€
Ansatz Soll 2009:	325,9 T€
Ansatz Soll 2010:	335,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum sollen die Ausgaben erheblich ansteigen?

Antwort der Landesregierung:

Die für 2007 bereits vorgesehene Übernahme des landesweiten Kurierdienstes durch die GMSH (vgl. Umsetzungen im Doppelhaushalt 2007/2008) wird nunmehr seit 2008 umgesetzt.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	29
Kapitel:	0505
Titel:	546 98
Zweckbestimmung:	Vermischte sächliche Ausgaben aufgrund der Rücklagenbildung

Ansatz Ist 2007:	781,7 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	0,0 T€
Ansatz Soll 2010:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie ist der Stand der Rücklage zum 31.12.2008?
2. Wie erklären sich die hohen Ausgaben und wofür genau fallen diese Ausgaben an?

Antwort der Landesregierung:

Antwort zu 1.

Die nicht verausgabten Mittel der HGr. 5 und 8 aus dem Grundhaushalt des Kapitels 0505 können gemäß Haushaltsvermerk zu Titel 0505 - 919 01 einer Rücklage zugeführt und in den Folgejahren bei den Titeln 0505 - 546 98 und 812 04 verwendet werden. Eine getrennte Rücklagenbildung für die Titel 0505 - 546 98 und 812 04 erfolgt nicht.

Die Verwendung im laufenden Haushaltsvollzug 2008 ist noch nicht abgeschlossen, so dass eine konkrete Aussage zu dem Stand der Rücklage am Jahresende nicht möglich ist (Rücklagenstand 31.12.2007 vgl. Antwort zu Titel 0505 - 919 01).

Antwort zu 2.

Aus der Rücklage wurden in 2007 folgende Sachkosten geleistet:

Kosten eines Rechtsstreites Bund ./ Land (zweckgebundene Rücklage)	563,7 T€
Folgekosten infolge der Neustrukturierung der Finanzämter	36,5 T€
Zuweisung an die Finanzämter und das Bildungszentrum der Steuerverwaltung aufgrund von gezielten Sparmaßnahmen zur eigenverantwortlichen Verwendung für sächliche Verwaltungskosten, wie die Beschaffung von Büroeinrichtungen	181,5 T€
zusammen	781,7 T€

Im Haushaltsvollzug 2008 fallen bei Titel 0505 - 546 98 voraussichtlich folgende Ausgaben an für:

Sachkosten bei den Finanzämtern und dem Bildungszentrum der Steuerverwaltung in eigenverantwortlicher Bewirtschaftung, u.a. für die Beschaffung von Büromobiliar	133,4 T€
Sachkosten infolge der Auflösung des Finanzamtes Eutin	54,4 T€
Ausgaben für die Intensivierung der Arbeit in den Steuerfahndungsstellen	19,6 T€
zusammen bis zu	207,4 T€

Die weitere Verwendung von Rücklagemitteln ist in den Jahren 2009 und 2010 vorgesehen für Ausgaben für die Versendung der Steuerbescheide und für die Herstellung der Steuererklärungsvordrucke.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	30
Kapitel:	0505
Titel:	919 01
Zweckbestimmung:	Zuführung an die Rücklage

Ansatz Ist 2007:	1.250,0 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	0,0 T€
Ansatz Soll 2010:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Stand der Rücklage zum 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Der Rücklagenbestand zum 31.12.2007 aus den Hauptgruppen 5 und 8 im Grundhaushalt des Kapitels 0505 beträgt 2.233.630,32 €

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	31
Kapitel:	05 05
Titel:	422 04
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2007:	4.206,3 T €
Ansatz Soll 2008:	4.900,5 T €
Ansatz Soll 2009:	4.782,5 T €
Ansatz Soll 2010:	4.782,5 T €

Frage/Sachverhalt:

1. Wenn 2009 im Vergleich zu 2008 14 Stellen wegfallen, warum geht dann der Ansatz lediglich um 118 T€ zurück?
2. Wenn 2007 für 135 Stellen 4.206,3 T€ verausgabt wurden, warum sollen dann in 2009 für 121 Stellen 4.782,5 T€ verausgabt werden?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.

Die Ansatzreduzierung um 118 T€ spiegelt die Einsparvorgaben aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit wider.

Die weggefallenen Stellen waren bereits im Haushalt 2007/2008 weitestgehend nicht mit Budget hinterlegt. Vor dem Hintergrund der damals noch nicht feststehenden Auswirkungen der EOSS-Einführung auf den Personalbedarf des Amtes für Informationstechnik war die Stellenplanbereinigung bis zur Aufstellung des Haushalts 2009/2010 zurückgestellt worden.

Zu 2.

Das Ist 2007 (4.206,3 T€) lag erheblich unter dem Soll 2007 (4.900,5 T€). Wesentlicher Grund hierfür waren in 2007 von den Ausgaben abgesetzte Personalkostenerstattungen. Eine entsprechende Ansatzreduzierung 2009/2010 ist nicht möglich, da nicht feststeht, ob und in welchem Umfang entsprechende Personalkostenerstattungen auch in den Folgejahren anfallen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	37 39
Kapitel:	05 06
Titel:	422 01, 428 01
Zweckbestimmung:	Personalkosten

Ansatz Ist 2007:	792,1 + 557,0 T €
Ansatz Soll 2008:	787,8 + 732,9 T €
Ansatz Soll 2009:	766,9 + 646,9 T €
Ansatz Soll 2010:	645,8 + 646,9 T €

Frage/Sachverhalt:

Wo finden sich diese Stellen in den Stellenplänen?

Antwort der Landesregierung:

Die Planstellen und Stellen der Titel 05 06 422 01 und 05 06 428 01 sind in den Stellenplänen des Kap. 05 01 Ministerium (Seite 72 - 74) enthalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	40
Kapitel:	0506
Titel:	526 99
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.

Ansatz Ist 2007:	5,7 T€
Ansatz Soll 2008:	500,0 T€
Ansatz Soll 2009:	390,0 T€
Ansatz Soll 2010:	195,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Bitte genauer aufschlüsseln, wofür im Einzelnen die Gutachten unter a)-c) erstellt werden sollen?
2. Wie erklärt sich die erhebliche Abweichung der tatsächlichen Ist-Ausgaben von den Ansätzen?

Antwort der Landesregierung:

zu 1.

- a) Strukturmaßnahmen beim Universitätsklinikum Schleswig-Holstein:
Die Mittel sind für die Begleitungen von Ausgründungen und für die Bearbeitung beihilferechtlicher Fragestellungen.
- b) allgemeine Strukturfragen der Fortentwicklung der HSH Nordbank:
Die Mittel sind für die vorbereitende Begleitung des geplanten Börsengangs der HSH Nordbank vorgesehen.
- c) diverse Strukturmaßnahmen bei Beteiligungen:
Die Mittel sind für Überlegungen zur Optimierung der Gesellschaftsstruktur insbesondere bei der AKN Eisenbahn AG und der Kieler Flughafengesellschaft mbH vorgesehen.

zu 2.

Die Abweichung der tatsächlichen Ist-Ausgaben von den geplanten Ansätzen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass auf eine Teilprivatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein verzichtet worden ist und sich der geplante Börsengang der HSH Nordbank in Anbetracht der angespannten Situation auf dem Finanzmarkt verschoben hat.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	52
Kapitel:	05 09
Titel:	422 01, 428 01
Zweckbestimmung:	Personalkosten

Ansatz Ist 2007:	1.031,9 + 859,7 T €
Ansatz Soll 2008:	1.302,8 + 743,4 T €
Ansatz Soll 2009:	1.229,7 + 712,2 T €
Ansatz Soll 2010:	1.156,9 + 712,2 T €

Frage/Sachverhalt:

Wo finden sich diese Stellen in den Stellenplänen?

Antwort der Landesregierung:

Die Planstellen und Stellen der Titel 05 09 422 01 und 05 09 428 01 sind in den Stellenplänen des Kap. 05 01 Ministerium (Seite 72 - 74) enthalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	16
Kapitel:	0901
Titel:	919 01
Zweckbestimmung:	Zuführung zu einer Rücklage Personal

Ansatz Ist 2007:	900,0 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	0,0 T€
Ansatz Soll 2010:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist die Rücklage mit Stand 31.12.2007? Welche Zahlungsströme sind wofür in den Jahren 2009 und 2010 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Zum Stand 31.12.2007 beträgt die Personalrücklage des Epl. 09 2.150,0 T€.
Die Personalrücklage soll ab 2009 für die zusätzlich befristeten Stellen zum Abbau von Rückständen in der Sozialgerichtsbarkeit genutzt werden. In welcher Höhe tatsächlich die Auflösung der Personalrücklage benötigt wird, ist abhängig vom jeweiligen Haushaltsvollzug.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	19
Kapitel:	0902
Titel:	111 02
Zweckbestimmung:	Gerichtskosten

Ansatz Ist 2007:	108.679,1 T€
Ansatz Soll 2008:	111.000,0 T€
Ansatz Soll 2009:	113.800,0 T€
Ansatz Soll 2010:	116.300,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wenn das Justizministerium die Ansätze erhöht (um 2,8 Mio. Euro in 09 bzw. 5,3 Mio. Euro in 10) mit der Begründung, es wird an die Ist-Entwicklung angepasst, wie erklärt das Ministerium, dass die Ist-Einnahme 06 und 07 unter den Erwartungen lagen?

Antwort der Landesregierung:

Für die Veranschlagung der erwarteten Einnahmen kann ausschließlich die bisherige Ist-Entwicklung als Prognose der zukünftigen Entwicklung zu Grunde gelegt werden. Diese Entwicklung zeigt, dass gegenüber dem jeweiligen Vorjahr die Einnahmen bei den Gerichtskosten sowohl im HH-Jahr 2006 (+ 2,3 Mio. €) als auch im HH-Jahr 2007 (+ 2,4 Mio. €) gestiegen sind, Im HH-Jahr 2008 wird derzeit mit Einnahmen in Höhe der Veranschlagung (111,3 Mio. €, d.h., + 2,6 Mio. € gegenüber dem Ist 2007) gerechnet. In Anlehnung hieran ist eine jährliche Einnahmesteigerung in Höhe von + 2,5 Mio. € für die Jahre 2009/ 2010 angenommen worden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	20
Kapitel:	0902
Titel:	359 01
Zweckbestimmung:	Entnahme aus der Rücklage

Ansatz Ist 2007:	455,0 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	1.500,0 T€
Ansatz Soll 2010:	1.000,0T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist die Rücklage mit Stand 31.12.2007?
2. Ist es aus Sicht des Justizministeriums zweckmäßig und ordnungsgemäß, in 2010 die Rücklage in Höhe von 1,0 Mio € aufzulösen und damit den KiTA-Ausbau zu finanzieren?

Antwort der Landesregierung:

Zum Stand 31.12.2007 betrug die Sachkostenrücklage des Kap. 0902 insgesamt 2.373,7 T€. Für die Finanzierung des KiTA –Ausbaus erfolgt eine anteilige Gegenfinanzierung auch aus dem MJAE-Haushalt. Der eingesetzte Deckungsbeitrag führt zu der gewünschten Entlastung des Haushalts. Das Vorgehen ist das Ergebnis der Haushaltsverhandlungen der Landesregierung.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	21
Kapitel:	0902
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – Richterinnen und Richter -

Ansatz Ist 2007:	62.315,7 T€
Ansatz Soll 2008:	62.613,5 T€
Ansatz Soll 2009:	62.176,8 T€
Ansatz Soll 2010:	61.680,7 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wenn die Stellenzahl im Vergleich zu 2008 um 12 ansteigt, warum geht dann der Ansatz um 437 T€ zurück?
2. Hat das Justizministerium Vorsorge getroffen gegen die im Februar 2008 vom Richterverband vor dem Verwaltungsgericht eingereichten Musterklage auf Anhebung der Dienstbezüge von Richtern und Staatsanwälten? Wenn ja, inwiefern? Wenn nein, warum nicht?

Antwort der Landesregierung:

Vorbemerkungen zu den Fragen zum Personalhaushalt des Kapitels 0902:

Die Veranschlagung der HH-Ansätze zum Haushaltsentwurf 2009/2010 für die Titel der Obergruppe 42 (Personalkostenbudget) erfolgt bedarfsgerecht auf Grundlage des Ist 2007. Im Ist 2007 sind jedoch die Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2007 (Einmalzahlungen) enthalten und somit nicht mit den Ansätzen 2009/ 2010 vergleichbar. Die tatsächliche Stellenbesetzung erfolgt im Rahmen des verfügbaren Budgets und unter Einhaltung der Obergrenze des Stellenplans. Im Haushaltsplan lässt sich daher ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Haushaltsansätze und der Entwicklung des Stellenplanes nicht herstellen.

Zu Frage 1:

Die Fragestellung muss im Übrigen im Zusammenhang mit dem Stellenplan zu Titel 0902 – 422 02 „Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte“ gesehen werden. Die Stellenanzahl im Titel 0902-422 01 erhöht sich zwar im Ergebnis um 12 Stellen, dies ist aber darauf zurückzuführen, dass im Stellenplan 20 Stellen R 1 auf Probe von Tit. 0902 - 422 02 in 20 Stellen R1 nach Tit. 0902 – 422 01 umgewandelt worden sind. Bei der Umwandlung der Proberichterstellen handelt es sich allein um eine Maßnahme zur Flexibilisierung der Stellenplanführung, da Proberichterinnen und –richter auch auf Planstellen geführt werden können. Eine Anstellung zeitnah nach Ablauf der Probezeit wird damit vereinfacht. Die Bezahlung der Beamten und Richter mit Probestatus erfolgt aus vorgegebenen haushaltssystematischen Gründen weiterhin einheitlich und ausschließlich

aus Titel 0902- 422 02. Ohne Berücksichtigung dieser umgewandelten Stellen hat sich die Stellenanzahl im Titel. 0902 – 422 01 tatsächlich um 8 reduziert.

Zu Frage 2:

Im Einzelplan 09 wurde keine Vorsorge getroffen. Es ist üblich, dass die Veranschlagung des Haushalts der Rechtsauffassung der Landesregierung folgt.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	21
Kapitel:	0902
Titel:	422 02
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte

Ansatz Ist 2007:	6.465,5 T€
Ansatz Soll 2008:	6.039,6 T€
Ansatz Soll 2009:	6.039,6 T€
Ansatz Soll 2010:	6.039,6 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie sind die Ansätze vor dem Hintergrund der im Stellenplan aufgeführten 2 (!) Stellen in 09 und 10 zu verstehen?

Antwort der Landesregierung:

Auf die Vorbemerkung und insbesondere auf die Beantwortung der Frage 1 zu Titel 0902 - 422 01 wird verwiesen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	21
Kapitel:	0902
Titel:	422 03
Zweckbestimmung:	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst

Ansatz Ist 2007:	1.042,4 T€
Ansatz Soll 2008:	935,0 T€
Ansatz Soll 2009:	951,4 T€
Ansatz Soll 2010:	951,4 T€

Frage/Sachverhalt:

Wenn die Stellenzahl 2009 und 2010 im Vergleich zu 2008 um 8 zurückgeht, warum steigt dann der Ansatz um 16.400 Euro an?

Antwort der Landesregierung:

Auf die Vorbemerkung und die Beantwortung der Frage 1 zu Titel 0902 - 422 01 wird zunächst hingewiesen.

Die Stellenanzahl im Titel 0902-422 01 erhöht sich zwar im Ergebnis um 8 Stellen, dies ist aber auf zwei Maßnahmen zurückzuführen. Es sind drei Stellen für Nachwuchskräfte des gehobenen Dienstes aus der Arbeitsgerichtsbarkeit (Titel 0909- 422 03) aufgrund der zentralen Ausbildung des Rechtspflegernachwuchses übertragen worden. Die Stellen waren bislang unbesetzt, der Haushaltsansatz wurde daher lediglich um den bisher im Kapitel 0909 veranschlagten Ansatz (16,4 T€) erhöht.

Darüber hinaus wurden 11 Stellen für bisher noch beamtete Rechtsreferendare (Altfälle) nach Tit. 0902- 428 04 übertragen. Die Mittel für diese Stellen wurden bereits im Haushalt 2007/2008 bei Titel 428 04 veranschlagt. Der Ansatz war daher durch diese Maßnahme nicht mehr zu reduzieren (s. auch Erläuterung Stellenplan zu Tit. 0902- 428 04).

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	28
Kapitel:	0902
Titel:	526 15
Zweckbestimmung:	Sonstige Auslagen in Rechtssachen

Ansatz Ist 2007:	26.575,1 T€
Ansatz Soll 2008:	27.000,0 T€
Ansatz Soll 2009:	28.150,0 T€
Ansatz Soll 2010:	30.200,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie setzt sich im Einzelnen der erhöhte Bedarf zusammen?
2. Wenn man berücksichtigt, dass ab 2009 die Kosten für die Insolvenzordnung aus einem anderen Titel (4,7 Mio. € pro Jahr) beglichen werden, warum steigt dann der Titel trotzdem um 1,15 Mio. € in 09 und 3,2 Mio. € in 10?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Für die Veranschlagung der erwarteten Ausgaben wird weitgehend die bisherige Bedarfsentwicklung als Prognose der zukünftigen Entwicklung zu Grunde gelegt. Für die Auslagen der Rechtssachen der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Kap. 0902) wird für die Haushaltsjahre 2009/2010 insgesamt ein Bedarf von 83,4 Mio. € / 86,0 Mio. € erwartet. Dem liegt eine prognostizierte Bedarfssteigerung von rd. + 2,6 Mio. € / Jahr ab 2007 zu Grunde.

Zu Frage 2:

Zur Erhöhung der Transparenz dieses großen Ausgabenblocks ist ab 2009 vorgesehen, die Aufwendungen für Gebühren und Auslagen in Insolvenzangelegenheiten gesondert zu erfassen. Die Erläuterung zu den übertragenen anteiligen Haushaltsmitteln ist versehentlich falsch dargestellt worden. Die Steigerung insgesamt ist jedoch begründet, s. hierzu Antwort auf Frage 1.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	41
Kapitel:	0903
Titel:	422 02
Zweckbestimmung:	Bezüge der beamteten Hilfskräfte

Ansatz Ist 2007:	1.394,3 T€
Ansatz Soll 2008:	2.450,0 T€
Ansatz Soll 2009:	2.379,0 T€
Ansatz Soll 2010:	2.379,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wo finden sich diese Stellen im Stellenplan?

Antwort der Landesregierung:

Die Stellen für die beamteten Hilfskräfte (Beamtinnen und Beamte auf Probe) des Kapitels 0903 werden auf Planstellen des Titels 0903 – 422 01 geführt.

Dies dient der Flexibilisierung der Stellenplanführung; nach Ablauf der Probezeit kann damit eine Anstellung der Probebeamtinnen und –beamte zeitnah erfolgen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	48
Kapitel:	0903
Titel:	684 01
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an Bildungsträger zu Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt

Ansatz Ist 2007:	0,0 T€
Ansatz Soll 2008:	1.200,0 T€
Ansatz Soll 2009:	1.350,0 T€
Ansatz Soll 2010:	1.350,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. An welche Bildungsträger sind in 2008 wofür Zuschüsse geleistet worden?
2. An welche sollen für welche Maßnahmen in den Jahren 09 und 10 Zuschüsse geleistet werden?
3. Warum werden jährlich 150.000 Euro mehr bereitgestellt als in der Mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt sind?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Die Zuschüsse fließen in 2008 an das Berufsbildungswerk (bfw) des DGB. Das bfw führt als Bildungsträger seit ca. 30 Jahren Qualifizierungsmaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten des Landes durch. Es handelt sich meist um Maßnahmen der beruflichen Orientierung und kürzere zertifizierte Ausbildungsmodule in verschiedenen Gewerken. Hierdurch werden die Qualifizierungsangebote in den Ausbildungsbetrieben der Justizvollzugsanstalten sinnvoll ergänzt. Die Maßnahmen wurden bis einschließlich 2005 aus Mitteln der Agentur für Arbeit finanziert. Im Anschluss daran erfolgte eine Finanzierung über ESF-Mittel aus dem Arbeitsmarktprogramm ASH 2000.

Zu Frage 2:

Derzeit werden gemeinsam mit den Justizvollzugsanstalten die bisherigen Angebote evaluiert und festgelegt, welche Änderungen erforderlich sind, um die Gefangenen nach der Haftentlassung auf Dauer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierbei wird auch überlegt, ob Maßnahmen von anderen Trägern durchgeführt werden können. Daher kann die Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden. Aufgrund der langjährigen Erfahrung mit dem bfw und den schlechten Erfahrungen mit einem Trägerwechsel in der JA SL ist davon auszugehen, dass in 2009 und 2010 die Maßnahmen erneut weitgehend vom

bfw durchgeführt werden.

Zu Frage 3:

Der Mehrbedarf i.H.v. 150,0 T€ resultiert aus der Umsetzung des neuen Jugendstrafvollzugsgesetzes. Auf der Grundlage der §§ 19, 21, 22 JStVollzG wird derzeit eine Konzeption für das Übergangsmanagement erarbeitet. Ein Schwerpunkt stellt die Integration der Haftentlassenen in den Arbeitsmarkt dar. Um einen möglichst nahtlosen Übergang sicherzustellen, ist es erforderlich, zusätzliche sozialpädagogische Betreuung für die Bildungsbegleitung und die Ausbildungs- und Arbeitsplatzakquise vorzuhalten. Die sozialpädagogischen Fachkräfte leisten Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und arbeiten hierbei eng mit den Agenturen für Arbeit und den ARGEN zusammen. Es soll gewährleistet werden, dass im Vollzug begonnene Ausbildungsmaßnahmen ohne Unterbrechung fortgesetzt werden können oder zum Zeitpunkt der Entlassung ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Des Weiteren betreuen sie Gefangene, die nach der Haftentlassung an einer beruflichen Maßnahme oder einem schulischen Lehrgang teilnehmen bzw. eine Ausbildung absolvieren, um Abbrüche zu verhindern. Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere, im Falle von Konflikten mit den Ausbildern bzw. Arbeitgebern zu vermitteln. Der Kontakt zu den Gefangenen muss bereits während der Haft aufgebaut werden und dauert je nach individuellen Problemlagen 3 bis 9 Monate an.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	51
Kapitel:	0903
Titel:	919 61 TG 61
Zweckbestimmung:	Zuführung an die Rücklage Gefangenenpflege

Ansatz Ist 2007:	0,0 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	0,0 T€
Ansatz Soll 2010:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist die Rücklage mit Stand 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Die Möglichkeit einer Rücklagenbildung für Minderausgaben der TG 61 ist erstmals zum Doppelhaushalt 2009/ 2010 vorgesehen (Hinweis auf § 10 Abs. 3 Haushaltsstrukturgesetz 2009/2010); zum Stand 31.12.2007 besteht somit keine Rücklage für den Bereich Gefangenenpflege.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	77
Kapitel:	0908
Titel:	526 13 bis 526 15
Zweckbestimmung:	Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen/ Entschädigungen für Sachverständige/ Sonstige Auslagen in Rechtsachen

Ansatz Ist 2007:	246,0 T€/ 3.023,1 T€/ 352,1 T€
Ansatz Soll 2008:	170,0 T€/ 2.750,0 T€/ 360,0 T€
Ansatz Soll 2009:	350,0 T€/ 3.550,0 T€/ 450,0 T€
Ansatz Soll 2010:	400,0 T€/ 3.800,0 T€/ 500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum steigen die Ausgaben hier so rapide an?

Antwort der Landesregierung:

Für die Veranschlagung der erwarteten Ausgaben wird weitgehend die bisherige Bedarfs-Entwicklung als Prognose der zukünftigen Entwicklung zu Grunde gelegt werden. Es werden für die HH-Jahre 2009/2010 Ausgaben für Auslagen in Rechtsachen der Staatsanwaltschaften (Kap. 0908) in Höhe von insgesamt 4.350,0 T€ (2009) und 4.700,0 T€ (2010) erwartet. Dies entspricht einer jährlichen Ausgabesteigerung von + 350,0 T€
Im HH-Jahr 2007 sind die Ausgaben in allen Titeln gegenüber dem Vorjahr um + 374,5 T€ gestiegen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	96
Kapitel:	0910
Titel:	893 03 MG 01
Zweckbestimmung:	Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein

Ansatz Ist 2007:	836,4 T€
Ansatz Soll 2008:	1.100,0 T€
Ansatz Soll 2009:	1.600,0 T€
Ansatz Soll 2010:	1.600,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wer ist der Empfänger dieser Zuschüsse und wofür werden diese verwendet?
2. Warum soll der Titel um 500.000 Euro erhöht werden?
3. Wie passen die Summen in der Erläuterung (500 T€ in 09 und 1,3 Mio. Euro in 10) mit den Ansätzen von jeweils 1,6 Mio. € zusammen?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Empfänger dieser Zuschüsse ist das Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein (JAW), welches durch das Landesgesetz über das JAW vom 13. Dezember 1949 (GVObI. Schl.-H. 1950, S.11) errichtet worden ist. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Jugendaufbauwerks Schleswig-Holstein vom 01.8.1995.

Zu Frage 2:

Die Entwicklung ist im Zusammenhang mit Tit. 883 01 MG 01 zu sehen. Zusammen beträgt die Veranschlagung 2008 bis 2010 jeweils 2,1 Mio. €. Die Veranschlagung musste bedarfsgerecht geändert werden, da die Trägerschaft von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu freien Trägern gewechselt hat.

Zu Frage 3:

Der Ansatz in 2009/ 2010 in Höhe von jeweils 1,600,0 T€ ist durch bereits in 2008 eingegangene Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 500,0 T€ gebunden. Damit stehen für neue Verpflichtungen in dem jeweiligen HH-Jahr 1,100,0 T€ zur Verfügung. Die Erläuterung ist redaktionell für den endgültigen Haushalt noch zu ändern.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	09
Seite:	96
Kapitel:	0910
Titel:	684 03 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Ansatz Ist 2007:	0,0 T€
Ansatz Soll 2008:	82,5 T€
Ansatz Soll 2009:	274,0 T€
Ansatz Soll 2010:	68,5 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Was für ein Projekt der Türkischen Gemeinde wird gefördert?
2. Wann ist es bewilligt worden?
3. Wie wird das Projekt evaluiert?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

AusbildungsNetzwerke für Migrant/innen in Schleswig-Holstein (ANMSH); Ziel ist:

- a. die Entwicklung und Erprobung neuer Ausbildungskooperationen,
- b. Die Stärkung der betrieblichen Ausbildungsplätze (Erschließung von 40 bis 55 Ausbildungsplätzen
- c. Die Intensivierung der Schaffung neuer Ausbildungsplätze in den neu geregelten Ausbildungsberufen, z.B. Änderungsschneider/in oder Servicefahrer/in
- d. Integrationsarbeit zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- e. Bildung eines Pools von 20 bis 25 Betrieben und drei bis fünf Schulen je Zielregion

Zu Frage 2:

Das Projekt wurde mit Bescheid vom 03. März 2008 bewilligt, aber bereits zum 01.01.2008 mit Einwilligung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn gestartet.

Zu Frage 3:

Es erfolgt im Rahmen der Verwendungsnachweise eine Berichterstattung durch den Projektträger. Dabei ist vom Projektträger u.a. darzulegen, inwieweit die mit dem Projekt verfolgten Ziele erreicht wurden.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	7
Kapitel:	1101
Titel:	01101
Zweckbestimmung:	Lohnsteuer

Ansatz Ist 2007:	1.727.510,0 T€
Ansatz Soll 2008:	1.706.100,0 T€
Ansatz Soll 2009:	1.986.900,0 T€
Ansatz Soll 2010:	2.099.800,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Da sich die Einnahmen stetig im Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums bewegen, mit welchem Wachstum rechnet das Finanzministerium für die Jahre 09 und 10 und welche Auswirkungen hätte ein Nullwachstum im Jahr 2009 auf die Steuereinnahmen?

Antwort der Landesregierung:

Die Steuerschätzung basiert auf den Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung des BMF (und der Wirtschaftsforschungsinstitute). Für 2009 und 2010 wurde ein BIP-Wachstum (real) von 1,2 und 1,5 % angenommen (s. auch Umdruck 16/3101 und Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2012). Die Ergebnisse der Steuerschätzung ergeben sich auf der Grundlage der Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung, der jeweils aktuellen tatsächlichen und erwarteten Steuereinnahmeentwicklungen des Bundes und der Länder sowie der beschlossenen steuerrechtlichen Änderungen. Der zweite Teil der Frage kann daher von hier aus nicht beantwortet werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	8
Kapitel:	1101
Titel:	01701
Zweckbestimmung:	Gewerbesteuerumlage

Ansatz Ist 2006:	179.725,2 T Euro
Ansatz Ist 2007:	179.089,8 T Euro
Ansatz Soll 2008:	163.100,0 T Euro
Ansatz Soll 2009:	152.200,0 T Euro
Ansatz Soll 2010:	165.700,0 T Euro

Frage/Sachverhalt:

Was sind nach Ansicht des Finanzministeriums die Gründe für das Wegbrechen der Gewerbesteuer im Vergleich zum Ist 06 und 07 und im Vergleich zur Mittelfristigen Finanzplanung?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze des HHE 2009/2010 für die Gewerbesteuerumlage beruhen auf den regionalisierten Ergebnissen der letzten Steuerschätzung vom Mai 2008. Die Prognose im Mai 2008 hatte für das laufende Jahr knapp vier Mrd. Euro weniger Gewerbesteuereinnahmen als im Rekordjahr 2007 geschätzt. Es war erwartet worden, dass die Änderungen des Gewerbesteuerrechts durch die Unternehmensteuerreform 2008, die am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist, zu Einbußen bei der Gewerbesteuer und damit auch bei der Gewerbesteuerumlage führen wird. Als Ausgleich wurde deshalb zusammen mit dieser Reform der Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden an Bund und Länder abzuführen haben, um 11 Prozent gesenkt. Darüber hinaus wurden bei der Steuerschätzung die abflauende Konjunktur und die Finanzmarktkrise berücksichtigt.

Dass die Ansätze im Vergleich zur alten mittelfristigen Finanzplanung deutlich geringer ausfallen, beruht darauf, dass die MFP-alt auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2006 basiert, während die aktuellen Haushaltsansätze die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai 2008 berücksichtigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	9
Kapitel:	1101
Titel:	09301 u. 09302
Zweckbestimmung:	Abgaben von Spielbanken und Zusatzabgabe zur Spielbankabgabe

Ansatz Ist 2007:	17.723,20 T €
Ansatz Soll 2008:	22.200 T €
Ansatz Soll 2009:	19.000 T €
Ansatz Soll 2010:	19.000 T €

Frage/Sachverhalt:

1. Was sind nach Ansicht des Finanzministeriums die Gründe für den dramatischen Einbruch der Spielbankenumsätze und damit der Abgaben an den Landeshaushalt?

Antwort der Landesregierung:

Die Bruttospielerträge im Zeitraum 01 bis 07/2008 sind im Verhältnis zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um rd. 12 % zurückgegangen.
Ob in diesem Fall von einem dramatischen Einbruch die Rede sein kann, sei dahingestellt. Begründet sind die rückläufigen Zahlen in erster Linie in dem seit dem 1. Januar 2008 geltenden Rauchverbot und der zum 01.01.2008 gesetzlich geregelten Zugangskontrolle für das Automatenpiel in den Spielbanken.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	9
Kapitel:	1101
Titel:	09301 u. 09302
Zweckbestimmung:	Abgaben von Spielbanken und Zusatzabgabe

Ansatz Ist 2007:	17.723,20 T €
Ansatz Soll 2008:	22.200 T €
Ansatz Soll 2009:	19.000 T €
Ansatz Soll 2010:	19.000 T €

Frage/Sachverhalt:

2. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen, um diesen Trend zu stoppen?

Antwort der Landesregierung:

Weder soll die Gastronomie in den Spielbanken vom Nichtraucherschutzgesetz ausgenommen werden, noch ist beabsichtigt, die gesetzlich vorgegebene Identitätskontrolle abzuschaffen. Mit Blick auf die Entscheidung des BGH vom 22.11.2007 (Az. III ZR 9/07) ist eine Zugangskontrolle ohnehin schon deshalb erforderlich, um Schadensersatzansprüche gesperrter Spieler für verlorenes Geld zu vermeiden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	9
Kapitel:	1101
Titel:	09301 u. 09302
Zweckbestimmung:	Abgaben von Spielbanken und Zusatzabgabe zur Spielbankabgabe

Ansatz Ist 2007:	17.723,20 T €
Ansatz Soll 2008:	22.200 T €
Ansatz Soll 2009:	19.000 T €
Ansatz Soll 2010:	19.000 T €

Frage/Sachverhalt:

3. Welche Auswirkung hätte nach Ansicht des Finanzministeriums eine in der Höhe unterschiedliche Spielbankabgabe für das Lebend- und für das Automatenenspiel (z.B. eine Aufteilung von 55% Automatenenspiel und 35% Lebendspiel) auf die Spielbanken und auf die Einnahmen im Landeshaushalt?

Antwort der Landesregierung:

Würde die Spielbankabgabe gemäß dem Beispiel 55 % für das Automatenenspiel (Kleines Spiel) und 35 % für das Lebendspiel (Großes Spiel) betragen, ergäbe sich nach den gegenwärtigen Verhältnissen in der Summe nur eine geringfügige Differenz zum derzeitigen Aufkommen. Die durch eine solche differenzierte Besteuerung bewirkte Stärkung des Lebendspiels könnte zu einer Verlagerung des Bruttospielertrages weg vom Kleinen Spiel hin zum Großen Spiel führen, was dann insgesamt spürbare Mindereinnahmen zur Folge hätte.

Unabhängig davon hat sich in den vergangenen zwei Jahren ein bundesweiter Trend zum Großen Spiel und weg vom Automatenenspiel gezeigt (Hinweis auf die Landtagsdrucksache 16/1867 vom 26.02.2008).

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	9
Kapitel:	1101
Titel:	37201
Zweckbestimmung:	Globale Steuermindereinnahmen

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	-50.000,0 T€
Ansatz Soll 2009:	-20.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	-30.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Auf welchen Annahmen beruhen die Mindereinnahmen in Höhe von 20 Mio. € in 2009 und 30 Mio. € in 2010 und ist das Finanzministerium der Auffassung, dass dieser Puffer von 0,3 % und 0,45 % des geschätzten Steueraufkommens tatsächlich ausreichen wird?

Antwort der Landesregierung:

Die Risikovorsorge in Höhe von 20 und 30 Mio. € in 2009 und 2010 ist aufgrund der Erfahrungen mit der Risikovorsorge 2007 und der voraussichtlichen Entwicklung 2008 pauschal geschätzt worden. Das Finanzministerium geht zurzeit davon aus, dass die Beträge ausreichend sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	9
Kapitel:	1101
Titel:	37201
Zweckbestimmung:	Globale Steuermindereinnahmen

Ansatz Ist 2007:	0,
Ansatz Soll 2008:	-50.000,0 T€
Ansatz Soll 2009:	-20.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	-30.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

2. Wie werden sich die Minderausgaben auf die einzelnen Steuerarten verteilen?

Antwort der Landesregierung:

Die globalen Steuermindereinnahmen werden auf das Gesamtsteuerergebnis gegen gerechnet und nicht auf einzelne Steuerarten verteilt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	13
Kapitel:	1102
Titel:	359 01
Zweckbestimmung:	Entnahme aus dem Kommunalen Investitionsfonds

Ansatz Ist 2007:	
Ansatz Soll 2008:	
Ansatz Soll 2009:	
Ansatz Soll 2010:	

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch war der Wert des Fonds mit Stand 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Der Vermögensstatus des Fonds belief sich per 31.12.2007 auf 416.929.557,30 Euro.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	14
Kapitel:	1102
Titel:	alle
Zweckbestimmung:	Erläuterungen

Ansatz Ist 2007:	
Ansatz Soll 2008:	
Ansatz Soll 2009:	
Ansatz Soll 2010:	

Frage/Sachverhalt:

Was sind im Einzelnen die inhaltlichen Gründe, weiterhin an der pauschalen Kürzung in Höhe von jährlich 120 Mio. Euro zu Lasten der Kommunen festzuhalten?

Antwort der Landesregierung:

Der Eingriff war und ist im Hinblick auf den Vergleich der allgemeinen Finanzlage des Landes und der Kommunen gerechtfertigt. Die Höhe des Eingriffs ist auf der Grundlage der damaligen Einnahmeentwicklung berechnet worden.

Fragen der

FDP

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	22
Kapitel:	1102
Titel:	61321
Zweckbestimmung:	Fehlbetragszuweisungen

Ansatz Ist 2007:	17.709.100 €
Ansatz Soll 2008:	17.000.000 €
Ansatz Soll 2009:	49.000.000 €
Ansatz Soll 2010:	49.000.000 €

Frage/Sachverhalt:

1. Warum rechnet das Finanzministerium mit einem sprunghaften Anstieg der Zuweisungen von 17 Mio. Euro auf 49 Mio. Euro?
2. Nach welchen Richtlinien werden die Zuweisungen gewährt?
3. Warum werden den Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zunächst 120 Mio. Euro pauschal gekürzt, um dann die Fehlbetragszuweisungen aufzustocken?

Antwort der Landesregierung:

1. Der Anstieg der Zuweisungen trägt der nach Art. 3, Ziff. 2 a) aa) des Entwurfs eines Haushaltsstrukturgesetzes 2009/2010 vorgesehenen Aufstockung des Kommunalen Bedarfsfonds Rechnung.
2. Die Zuweisungen werden nach den Richtlinien zum Kommunalen Bedarfsfonds (§§16 und 17 FAG) vom 08. Mai 2008 (Amtsbl. Schl.-H. 2008, S. 524) gewährt.
3. Die zum Jahr 2007 erfolgte Kürzung der Finanzausgleichsmasse ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Finanzsituation des Landes sowie der Kommunen insgesamt erfolgt. Die zum Jahr 2009 vorgesehene Aufstockung des Kommunalen Bedarfsfonds berücksichtigt die unterschiedliche Finanzsituation innerhalb der Kommunen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	29
Kapitel:	1103
Titel:	533 56
Zweckbestimmung:	Werkverträge und andere Verträge

Ansatz Ist 2007:	40.514,8 T€
Ansatz Soll 2008:	43.144,0 T€
Ansatz Soll 2009:	45.100,0 T€
Ansatz Soll 2010:	45.100,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Bitte auflisten, für welche Werkverträge und andere Vertragsformen in den Jahren 07 und 08 Ausgaben getätigt wurden und wie sich die Zahlungen in den Jahren 2009 und 2010 darstellen.

Antwort der Landesregierung:

Im Kapitel 1103 werden die IT-Mittel des Landes SH zentral veranschlagt. Die Ansätze werden entsprechend den Anmeldungen der Ressorts maßnahme- und bedarfsorientiert veranschlagt. Bei Titel 1103 - 533 56 werden die vertraglichen Leistungen der Ressorts mit Dataport und einigen wenigen anderen IT-Dienstleistern wie z. B. SAP erfasst.

Das Land Schleswig-Holstein beauftragt IT-Leistungen grundsätzlich in Form von einzelvertraglichen Dienstleistungen (Dienstleistungsverträge).

Das zentrale IT-Management bietet erstmalig zum Doppelhaushalt 2009 / 2010 für den Bereich der IT eine Datenbank (IT Web LSH) an, in der die einzelnen IT-Maßnahmen inhaltlich und haushaltsrechtlich geplant und beschrieben werden können. In der Datenbank werden u. a. alle Verträge der IT des Landes Schleswig-Holstein gelistet. Im Rahmen der Arbeiten zum IT-Gesamtplan 2009 / 2010 werden diese Einträge zzt. auf Plausibilität geprüft. Die Grunddaten können aufbereitet und bei Bedarf dem IT-Gesamtplan 2009 / 2010 als Anlage beigelegt werden. Der IT-Gesamtplan 2009/2010 wird der Landesregierung im 3. Quartal 2008 zur Beschlussfassung vorgelegt und anschließend dem Finanzausschuss zur Kenntnisnahme zugeleitet.

Bei Titel 1103 - 533 56 sind für 2009/2010 folgende vertragliche Leistungen veranschlagt:

	Soll 2008	Soll 2009	Soll 2010
Ansatz	43.144,0	45.100,0	45.100,0
davon			
vertraglich gebunden	20.847,4	28.608,4	29.720,5
nicht gebunden	22.296,6	16.491,6	15.379,5

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	30
Kapitel:	1103
Titel:	535 03
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT

Ansatz Ist 2007:	0,0 T€
Ansatz Soll 2008:	227,0 T€
Ansatz Soll 2009:	747,0 T€
Ansatz Soll 2010:	747,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum werden die Ausgaben mehr als verdreifacht?
2. Bitte aufschlüsseln: Welche Ländertagungen sollen in Jahren 09 und 10 besucht werden, für welche Gremien fallen Kosten an, um welche sonstigen Kosten handelt es sich noch?

Antwort der Landesregierung:

Im Kapitel 1103 werden die IT-Mittel des Landes SH zentral veranschlagt. Die Ansätze werden entsprechend den Anmeldungen der Ressorts maßnahme- und bedarfsorientiert veranschlagt.

zu Frage 1:

Die Ausgaben für die o. g. Bereiche waren bislang auf mehreren Titeln verteilt. Zur Erhöhung der Transparenz des Kapitels 1103 werden diese Ausgaben nunmehr auf einem Titel zusammengefasst. Zudem wurde die Zweckbestimmung entsprechend angepasst. Die Zweckbestimmung nennt dabei die wesentlichen Ausgaben, die künftig auf diesem Titel gebucht werden sollen. Die von der Zusammenfassung betroffenen Titel wurden im Ansatz auf 0,0 T€ gesetzt. Ab dem Jahre 2010 fallen diese Titel dann vollständig weg. Wie nachfolgend dargestellt, hat sich das eingeplante Budget (gem. MFP alt) nicht erhöht:

Titel	Soll 2009	Soll 2010
	in T€	in T€
1103 - 535 03	747,0	747,0

zusammengefasst wurden:
(Ansätze gem. der MFP alt)

1103 - 535 03	250,0	250,0
1103 - 533 01 (MG 01) Seite 31 (künftig wegfallend ab 2010)	300,0	300,0
1103 - 534 12 (MG 01) Seite 31 (künftig wegfallend ab 2010)	200,0	200,0
Summe	750,0	750,0

zu Frage 2:

Der Titelantrag wurde entsprechend den Planungen der Ressorts veranschlagt. Folgende Bereiche haben hierzu Bedarfe angemeldet:

FM

zu ITM 2005050047 (Grundversorgung des Zentralen IT Managements mit Leistungen der IT) i.H.v. 10 T€ pro Haushaltsjahr für Sitzungen und Workshops der IT-Kommission des Landes Schleswig-Holstein (Gremienausgaben des Landes Schleswig-Holstein).

FM

zu ITM 2005050060 (Organisatorische Maßnahmen im Rahmen von Kooperationen und E-Government) i.H.v. 700 T€ in 2009 und 700 T€ in 2010 für folgende Aktivitäten der Landesverwaltung im Bereich der IT (Veranstaltungen und sonstige Sachkosten):

- Messebeteiligungen, Veranstaltungs- und Standortpartnerschaften wie z. B. CeBIT, dbb-Kongress, Mediatage Nord, KomFIT-Hausmesse, Dataport Hausmesse usw.
- Ausgaben der E-Government-Kompetenzinitiative

FM / Stk (Projekt Personalmanagement)

zu ITM 2006050066 (Kooperation Personaldienste FHH / SH) i.H.v. 15 T€ pro Haushaltsjahr für Workshops und Veranstaltungen des Projektes (Veranstaltungen und sonstige Sachkosten im Rahmen des Kooperationsvorhaben mit FHH).

FM

zu ITM 2008050072 (Kosten der Zusammenlegung und des Umzuges der Landeskasse SH in ein neues Dienstgebäude) in Höhe v. 20 TE in 2009 und 10 T€ in 2010 (sonstige Sachkosten).

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	30
Kapitel:	1103
Titel:	632 06
Zweckbestimmung:	Sonstige Zuweisung an Länder

Ansatz Ist 2007:	1.178,0 T€
Ansatz Soll 2008:	1.322,0 T€
Ansatz Soll 2009:	2.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	2.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Um was für Zuweisungen handelt es sich im Einzelnen?
2. Warum steigen die Ausgaben so dramatisch an?

Antwort der Landesregierung:

Im Kapitel 1103 werden die IT-Mittel des Landes SH zentral veranschlagt. Die Ansätze werden entsprechend den Anmeldungen der Ressorts maßnahme- und bedarfsorientiert veranschlagt. Bei Titel 1103 - 632 06 werden die Ausgaben des Landes Schleswig-Holstein für IT erfasst, die im Rahmen von Mehrländer-Verbänden an ein federführendes Bundesland (Länderanteil gem. Königssteiner Schlüssel) zugewiesen werden müssen. Finanziert werden gemeinsame Geschäftsstellen, Rechnerverbände, länderübergreifende Programmentwicklungen usw.

zu Frage 1:

Der Titelanatz wurde entsprechend den Planungen der Ressorts veranschlagt. Folgende Bereiche haben hierzu Bedarfe angemeldet:

ITM	Bezeichnung	Ansatz 2009 in T€	Ansatz 2010 in T€
<u>IM</u>			
2004040020	EXTRAPOL	20,0	20,0
2004040028	Netzinfrastruktur für IT b.d. LaPo SH	30,0	30,0
2004040035	E-Post 810 b.d. LaPo SH	17,4	17,4
2004042401	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	5,0	5,0
2004042405	Geodatenmanagement	11,2	11,2
2005041606	xPersonenstand	23,0	10,0

2007046102	DOL-Projekt xAusländer	6,0	6,0
<u>FM</u>			
2005050025	KONSENS (einschl. ELSTER) der Steuerverwaltung	1.704,0	1.741,0
<u>MJAE</u>			
2005090008	Automatisiertes Mahnverfahren	45,9	47,3
2005090010	Elektronischer Rechtsverkehr	3,0	3,0
2005090027	BASIS (Justizvollzug)	40,0	40,0

zu Frage 2:

Die Steigerung wird im Wesentlichen durch den Anstieg der Kosten im Verfahren KONSENS der Steuerverwaltung verursacht. In diesem Verfahren werden zzt. die Anforderungen der Steuerverwaltungen der Länder an das länderübergreifende IT-Verfahren neu festgelegt. Entsprechende Kostensteigerungen werden von der Finanzministerkonferenz beschlossen und auf die Länder umgelegt.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	30
Kapitel:	1103
Titel:	685 04
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen

Ansatz Ist 2007:	360,2 T€
Ansatz Soll 2008:	303,4 T€
Ansatz Soll 2009:	600,0 T€
Ansatz Soll 2010:	600,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Für welche Zwecke sollen Zuschüsse in welcher Höhe an welche öffentlichen Einrichtungen gezahlt werden?

Antwort der Landesregierung:

Im Kapitel 1103 werden die IT-Mittel des Landes SH zentral veranschlagt. Die Ansätze werden entsprechend den Anmeldungen der Ressorts maßnahme- und bedarfsorientiert veranschlagt. Bei Titel 1103 - 685 04 werden die Ausgaben des Landes Schleswig-Holstein für IT erfasst, die außerhalb von Mehrländer-Verbänden an öffentliche Einrichtungen gezahlt werden. Im Wesentlichen werden Kooperationsmaßnahmen und der länderübergreifenden Betrieb von Kommunikationsdiensten und Services finanziert. Die Empfänger dieser Leistungen sind in der Regel die Datenzentralen der Länder oder ähnliche Einrichtungen des öffentlichen Sektors.

Folgende Bereiche haben hierzu Bedarfe angemeldet:

ITM	Bezeichnung	Ansatz 2009 in T€	Ansatz 2010 in T€
<u>IM</u>			
2004040021	@rtus/INPOL/EDDI (Betrieb)	382,5	382,5
2004041602	xMeld	10,0	10,0
<u>FM</u>			
2005050003	Kopfstelle Kommunikation des Landes SH	50,0	50,0
2005050007	Virtuelle Poststelle	200,0	200,0
2005050020	Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis	10,0	10,0

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	30
Kapitel:	1103
Titel:	919 92
Zweckbestimmung:	IT-Rücklage

Ansatz Ist 2007:	4.000,0 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	0,0 T€
Ansatz Soll 2010:	0,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Welche Höhe hat die Rücklage mit Stand 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Für den Bereich der IT wurde in 2007 erstmalig eine Rücklage gebildet. Die Höhe der Rücklage am 31.12.2007 betrug 4.000,0 T€.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	31
Kapitel:	1103
Titel:	537 01 (MG 01)
Zweckbestimmung:	Projektbegleitung „Bund-Online-2005“

Ansatz Ist 2007:	49,7 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	155,0 T€
Ansatz Soll 2010:	155,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum sollen in 2009 und 2010 nun jeweils 155 T€ für das Projekt „Bund-Online-2005“ bereitgestellt werden, obwohl das BMI am 24.02.08 den Abschlussbericht des Projekts veröffentlicht hat?

Antwort der Landesregierung:

Die Frage kann dahingehend beantwortet werden, dass die Zweckbestimmung nicht angepasst wurde. Die Zweckbestimmung muss korrekterweise „Ausgaben für Deutschland Online“ heißen. Diese redaktionelle Änderung wird im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Doppelhaushalt 2009 / 2010 vorgenommen.

Im Rahmen von Deutschland Online hat der Bund den Ländern einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der anteilig von den Ländern finanziert werden soll. Diese Ausgaben werden vorerst als Sachkosten veranschlagt, da die Leistungserbringung unbestimmt ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	32
Kapitel:	1103
Titel:	671 01 (MG 02)
Zweckbestimmung:	Kostenvergütung für Auswertung von Dienst- und Privatgesprächen

Ansatz Ist 2007:	349,4 T€
Ansatz Soll 2008:	340,0 T€
Ansatz Soll 2009:	355,0 T€
Ansatz Soll 2010:	355,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Welchen Zweck dient die Auswertung der Dienst- und Privatgespräche
2. Wer wertet die Gespräche nach welchen Kriterien aus?
3. Welche Konsequenzen werden aus der Auswertung gezogen?

Antwort der Landesregierung:

zu Frage 1:

Eine Auswertung erfolgt für Privatgespräche. Die Gesprächsentgelte werden per Lastschrift von den Privatkonten der Bediensteten eingezogen. Die Daten der Dienstgespräche werden den Bediensteten zur Selbstkontrolle zur Verfügung gestellt.

zu Frage 2:

Es gibt keine weitere Auswertung der Gespräche als die in der Antwort zu Frage 1. genannten.

zu Frage 3:

Die Konsequenz der Auswertung der Privatgespräche ist der Lastschrifteinzug. Die Konsequenz der Auswertung der Dienstgespräche ist das Führen einer Statistik über die Entwicklung der dienstlichen Gesprächsentgelte.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	33
Kapitel:	1103
Titel:	511 03 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen

Ansatz Ist 2007:	5,9 T€
Ansatz Soll 2008:	194,0 T€
Ansatz Soll 2009:	384,0 T€
Ansatz Soll 2010:	384,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird mit einer Verdoppelung der Ausgaben gerechnet, obwohl in den vergangenen Jahren die tatsächlichen Ausgaben deutlich unter den Ansätzen lagen?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der vermehrten Umrüstung alter Anlagen auf neue Technik ist mit einem Anstieg von Reparaturarbeiten im Umfeld der Verkabelung zu rechnen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	33
Kapitel:	1103
Titel:	533 03 und 533 04 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an Dataport und die TELEKOM

Ansatz Ist 2007:	7.304,0 T€
Ansatz Soll 2008:	11.263,6 T€
Ansatz Soll 2009:	11.801,0 T€
Ansatz Soll 2010:	11.801,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum wird mit steigenden Ausgaben im Vergleich zu den Ist-Ausgaben 2005 und 2007 gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

1. Durch Behördenausgliederungen sowie Fusionen auf Länderebene fallen zusätzliche Kosten an.
2. Mehrausgaben entstehen i.W. auch durch den weiteren Ausbau der Anschlüsse von Schulleitungen und Lehrer an das Landesnetz (derzeit rd. 400, Ziel ca. 1100) infolge höherer Betriebskosten bei Dataport und der TELEKOM.
3. Die Anbindung des Datennetzes entsprechend den Vorgaben des Bundes und der EU an Netzverbände anderer Träger der öffentlichen Verwaltung erhöht die Bedarfe an Sicherheitsmaßnahmen im Netz, der Fehlerbehebung in kurzen Fristen und die generelle Erreichbarkeit des Datennetzes.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	47
Kapitel:	1104
Titel:	11101
Zweckbestimmung:	Gebühren und tarifliche Entgelte

Ansatz Ist 2007:	3.168,5 T€
Ansatz Soll 2008:	2.510,0
Ansatz Soll 2009:	1.730,0
Ansatz Soll 2010:	900,0

Frage/Sachverhalt:

Warum rechnet das Finanzministerium hier mit rückläufigen Einnahmen, obwohl laut § 18 Haushaltsstrukturgesetz die Gewährung der Bürgschaften nicht reduziert wird?

Antwort der Landesregierung:

Veranschlagt sind bei diesem Titel insbesondere die von der „Gesellschaft zur Verwaltung und Finanzierung von Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein“ (GVB) erwarteten Entgelte für provisionswirksame Bürgschaften zur Refinanzierung ihrer stillen Einlagen bei der HSH-Nordbank AG (HSH).
Im Zuge der diesjährigen Kapitalerhöhung bei der HSH sind auch die restlichen stillen Einlagen der GVB in Höhe von rd. 498 Mio. € in Stammaktien umgewandelt worden. Die in diesem Zusammenhang entstandenen neuen Aktien sind in das wirtschaftliche Eigentum des Landes übergegangen und werden von der GVB nur noch treuhänderisch gehalten. Die Bürgschaften sind deshalb zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der Kapitalerhöhung provisionsfrei gestellt worden. Diesem Umstand wird durch Reduktion des Titelansatzes Rechnung getragen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	48
Kapitel:	1104
Titel:	871 11
Zweckbestimmung:	Inanspruchnahmen im Bereich Schiffbau

Ansatz Ist 2007:	0,0 T€
Ansatz Soll 2008:	3.000,0
Ansatz Soll 2009:	3.000,0
Ansatz Soll 2010:	3.000,0

Frage/Sachverhalt:

Warum sind weiterhin 3 Mio. Euro pro Jahr im Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Im Segment „**Schiffbau und Schifffahrt**“ konnten zwar die Bürgschaftsbestände durch Tilgungen erheblich reduziert werden. Sie betragen zum 31.12.2007 aber immerhin noch rd. 82 Mio. €, darunter überwiegend Bürgschaften zur Mitfinanzierung von Container-Frachtern. Mit Blick auf die anhaltend in den Markt strömende Neutonnage und die sich abzeichnende Abkühlung der Weltkonjunktur sind jedoch die Frachtraten in diesem Bereich unter Druck geraten, so dass Störungen bei den bestehenden Bürgschaften künftig nicht auszuschließen sind.

Fragen der

	FDP
--	------------

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	56
Kapitel:	1105 Versorgung
Titel:	432 05
Zweckbestimmung:	Versorgungsbezüge Polizei

Ansatz Ist 2007:	110.130,9
Ansatz Soll 2008:	114.957,5
Ansatz Soll 2009:	112.799,7
Ansatz Soll 2010:	114.804,8

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch wären die Ausgaben, wenn die Streichung des § 48 Beamtenversorgungsgesetzes (Art. 7 Haushaltsstrukturgesetz 09/10) nicht erfolgen würde?

Antwort der Landesregierung:

Die Einsparungen bei der Streichung des § 48 Beamtenversorgungsgesetz werden auf 0,6 Mio. Euro p.a. geschätzt.

Der genannte Titel ist hiervon jedoch nicht betroffen. Betroffene Titel sind 0410-42201 und 0903-42201. Deren Ansätze sind das Ergebnis der Haushaltsverhandlungen einschließlich der Streichung von § 48 Beamtenversorgungsgesetz.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	63
Kapitel:	06
Titel:	446 11
Zweckbestimmung:	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

Ansatz Ist 2007:	94.421,4
Ansatz Soll 2008:	98.386,8
Ansatz Soll 2009:	108.103,1
Ansatz Soll 2010:	115.670,3

Frage/Sachverhalt:

Warum steigen die Beihilfezahlungen für die Versorgungsempfänger so stark an (wurden 2007 noch 3.548 € p.P. verausgabt, sollen es 2009 3.835€ und 2010 4.007€ p.P. sein, mithin eine Steigerung von 13% in 3 Jahren)?

Antwort der Landesregierung:

Die geltend gemachten Aufwendungen pro Person weisen entsprechende Steigerungsraten auf.

Die Ursachen dürften zum großen Teil in den gestiegenen Medikamenten-/Behandlungspreisen liegen und der mit der Erhöhung des Lebensalters zusammenhängenden häufigeren Behandlungsbedürftigkeit zusammenhängen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	66
Kapitel:	1111
Titel:	121 01
Zweckbestimmung:	Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen

Ansatz Ist 2007:	38.812,6 T€
Ansatz Soll 2008:	40.798,0 T€
Ansatz Soll 2009:	68.400,0 T€
Ansatz Soll 2010:	76.600,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum geht das Finanzministerium trotz des dramatischen Gewinneinbruchs der HSH-Nordbank im Jahr 2008 von steigenden Dividendenzahlungen aus?
2. Wie hoch sind in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt die Finanzierungskosten der Pflichtwandelanleihe, der Umwandlung der Stillen Einlagen in Eigenkapital und der weiteren Maßnahmen, die bislang zur Erhöhung des Eigenkapitals der HSH-Nordbank vom Land Schleswig-Holstein aufgebracht wurden?

Antwort der Landesregierung:

zu 1.

Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ging die HSH Nordbank von einer Dividendenfähigkeit im Sinne der Ansätze aus. Die höhere Dividende ist auch auf den höheren Anteil des Landes zurückzuführen.

zu 2.

Für die Pflichtwandelanleihe sieht der Wirtschaftsplan der GVB eine Zinsbelastung für 2009 in Höhe von 9,86 Mio. € und für 2010 von 10,98 Mio. € vor.

Nach der Wandlung der restlichen Stillen Einlagen der GVB in Höhe von rd. 500 Mio. € verwaltet die GVB für das Land treuhänderisch derzeit rd. 862 Mio. €, die Zinsbelastung für diese Verbindlichkeiten beträgt 2009 und 2010 planmäßig je 51 Mio. €.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	66
Kapitel:	1111
Titel:	12201, 12202
Zweckbestimmung:	Zahlenlotto

Ansatz Ist 2007:	29.786,6	12.942,8
Ansatz Soll 2008:	30.000,0	11.000,0
Ansatz Soll 2009:	29.000,0	11.750,0
Ansatz Soll 2010:	28.500,0	11.500,0

Frage/Sachverhalt:

Wenn in den ersten 4 Monaten des Jahres 2008 die Einnahmen um rund 10% zurückgegangen sind, warum geht das Finanzministerium davon aus, dass dieser Umsatzrückgang sich nicht in den Jahren 09 und 10 widerspiegelt ?

Antwort der Landesregierung:

Basis der Haushaltsanmeldung 2009/2010 sind die Spieleinsatzprognosen der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NWL). Die Prognosen unterliegen jedoch einigen Unsicherheiten. So ist der Hauptgrund des Umsatzrückganges beim klassischen Lottospiel in Schleswig-Holstein die Tatsache, dass im Vergleich zum Jahr 2007 rund 65% weniger Umsätze von gewerblichen Spielvermittlern an die NWL vermittelt werden. Die Entwicklung ist vor dem Hintergrund der auslaufenden Übergangsbestimmungen des Glücksspielstaatsvertrages in Bezug auf die Veranstaltung und Vermittlung von Lotterien im Internet abzuwarten. Zum anderen korrelieren die Umsätze mit der Höhe des jeweiligen Jackpots, wodurch auch die Jahresumsätze noch in ihrer Höhe abweichen können.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	69
Kapitel:	1111
Titel:	35301
Zweckbestimmung:	Entnahme aus der Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	90.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	35.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie war die Höhe der Rücklage zum 31.12.07?

Antwort der Landesregierung:

Die Rücklage betrug am 31.12.2007 181.543 T€ (siehe auch Seite 128 der Allgemeinen Bemerkungen zum Haushaltsentwurf 2009/2010).

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	69
Kapitel:	1111
Titel:	35301
Zweckbestimmung:	Entnahme aus der Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	90.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	35.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

2. Wie wird diese Rücklage verzinst?

Antwort der Landesregierung:

Rücklagen werden im Jahr ihrer Bildung zwar als Ist-Ausgabe dargestellt, werden aber nicht liquiditätswirksam. Liquide Mittel werden erst zum Zeitpunkt der Entnahme aus der Rücklage benötigt. Insofern entsteht für bestehende Rücklagen kein Zinsaufwand.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	69
Kapitel:	1111
Titel:	35301
Zweckbestimmung:	Entnahme aus der Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	90.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	35.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

3. Wozu dienen kreditfinanzierte Haushaltsmittel in einer Rücklage und wie wird damit technisch der Kreditbedarf reduziert?

Antwort der Landesregierung:

Der Kreditbedarf wird im Jahr der Entnahme reduziert, indem Mittel aus der Rücklage entnommen werden. Diese Einnahmen dienen der Finanzierung der Ausgaben. Die Rücklagen werden im Jahr der Entnahme aus der Rücklage liquiditätswirksam, wurden aber bereits im Jahr ihrer Bildung als Ausgabe gebucht auf der Grundlage der dafür bestehenden haushaltsgesetzlichen Ermächtigung.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	69
Kapitel:	1111
Titel:	35301
Zweckbestimmung:	Entnahme aus der Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	90.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	35.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

4. Um welche Summe würden die Kreditzinsen reduziert, wenn die für 2010 geplanten 35 Mio. Euro bereits in 2009 entnommen werden?

Antwort der Landesregierung:

Da die Rücklagen zum Zeitpunkt ihrer Entnahme liquiditätswirksam werden, müssen sie von diesem Zeitpunkt ab auf dem Kapitalmarkt finanziert werden. Daher entstehen bei einer vorgezogenen Entnahme aus einer Rücklage erhöhte Kreditzinsen. Bei der zusätzlichen Entnahme von 35 Mio. Euro 2009 würden die Zinsmehrausgaben in 2010 bei den angenommenen Zinsprognosen des Kreditreferates des Finanzministeriums rd. 2 Mio. Euro betragen. Da durch eine vorgezogene Entnahme aus der Rücklage jedoch die Kreditaufnahme in entsprechender Höhe vermindert werden könnte, entstünde dadurch wiederum eine Zinsersparnis in gleicher Höhe. Die Nettokreditaufnahme in 2010 würde sich entsprechend erhöhen, sodass im Endergebnis keine Veränderung bei den Kreditmarktzinsen entstünde.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	69
Kapitel:	1111
Titel:	35301
Zweckbestimmung:	Entnahme aus der Rücklage zur Verminderung des Kreditbedarfs

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	90.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	35.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

5. Um welche Summe würden die Kreditzinsen reduziert, wenn die Rücklage komplett in 2009 aufgelöst werden würde?

Antwort der Landesregierung:

Siehe Antwort auf Frage 4.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	69
Kapitel:	1111
Titel:	35501
Zweckbestimmung:	Entnahme aus der Konjunkturausgleichsrücklage

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0

Frage/Sachverhalt:

1. Wie war die Höhe der Rücklage zum 31.12.07?

Antwort der Landesregierung:

In 2007 wurde keine Konjunkturausgleichsrücklage gebildet.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	69
Kapitel:	1111
Titel:	35501
Zweckbestimmung:	Entnahme aus der Konjunkturausgleichsrücklage

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0

Frage/Sachverhalt:

2. Um welche Summe würden die Kreditzinsen reduziert, wenn die Rücklage komplett in 2009 aufgelöst werden würde?

Antwort der Landesregierung:

entfällt

Frage der

	FDP
--	------------

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	70
Kapitel:	11 11
Titel:	461 01
Zweckbestimmung:	Globale Mehrausgabe Personal

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	76.136,0
Ansatz Soll 2009:	128.491,5
Ansatz Soll 2010:	210.562,0

Frage/Sachverhalt:

1. Mit welchen konkreten Tarif- und Besoldungserhöhungen rechnet das Finanzministerium in 09 und 10?

Antwort der Landesregierung:

Eine konkrete Lohnforderung der Dienstleistungsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes liegt noch nicht vor. Vor Beginn offizieller Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder, die aller Voraussicht nach Anfang 2009 beginnen werden, ist es gemeinhin nicht üblich, Erwartungen arbeitgeberseitig bereits im Einzelnen zu beziffern und damit entsprechende Signale an die Tarifpartner auf Gewerkschaftsseite zu geben.

Frage der

	FDP
--	------------

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	70
Kapitel:	11 11
Titel:	461 01
Zweckbestimmung:	Globale Mehrausgabe Personal

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	76.136,0
Ansatz Soll 2009:	128.491,5
Ansatz Soll 2010:	210.562,0

Frage/Sachverhalt:

2. Welche Höhe hatte die Rücklage im Titel 91902 am 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Die Rücklage betrug am 31.12.2007 14.082,6 T€.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	70
Kapitel:	1111
Titel:	534 01
Zweckbestimmung:	Ausgaben für die Modernisierung der Verwaltung

Ansatz Ist 2007:	403,2 T€
Ansatz Soll 2008:	200,0 T€
Ansatz Soll 2009:	710,0 T€
Ansatz Soll 2010:	455,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wann werden dem Parlament die Pläne der Landesregierung bezüglich der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgelegt?
2. Mit welchen Gesamtkosten rechnet das FM bei der Einrichtung eines einheitlichen Ansprechpartners in der von der Landesregierung gewünschten Form?

Antwort der Landesregierung:

zu Frage 1:

Die Frage steht in keinem inhaltlichen Bezug zur Veranschlagung des Titels 1111 - 534 01. Das Parlament wird sich in der näheren Zukunft mit verschiedenen Gesetzgebungsverfahren zu befassen haben, die teils unmittelbaren, teils mittelbaren Bezug zu der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie aufweisen. So stehen beispielsweise die verwaltungsverfahrensrechtlichen Anpassungen im Landesverwaltungsgesetz an, die in wesentlichen Grundzügen den systematischen Vorgaben des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes zur Anpassung des Verfahrensrechts an die Vorgaben der EU-Dienstleistungsrichtlinie folgen werden. Darüber hinaus hat das Finanzministerium den Entwurf eines Errichtungsgesetzes für die Anstalt des öffentlichen Rechts, die die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners wahrnehmen soll, erstellt. Dieser Entwurf wird nach ersten Beratungen innerhalb der Landesregierung nunmehr in der Arbeitsgruppe der zukünftigen Anstaltsträger („AG Einheitlicher Ansprechpartner“; Teilnahme von FM, IM, KLV sowie IHK und HWK-SH) diskutiert und fortentwickelt werden. Darüber hinaus werden weitere rechtliche Anpassungen auf Vorschlag der Landesregierung durch das Parlament erforderlich werden, sowohl hinsichtlich der Einrichtung des Einheitlichen Ansprechpartners als auch im Rahmen der noch durchzuführenden Normenprüfung.

zu Frage 2:

Maßnahmen zur Finanzierung der Einrichtung eines einheitlichen Ansprechpartners sind in Titel 1111 - 534 01 nicht veranschlagt. Die Gesamtkosten sind abhängig von den derzeit laufenden Beratungen der zukünftigen Anstaltsträger und werden sich erst nach Abschluss dieser Verhandlungen verlässlich abschätzen lassen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	82
Kapitel:	11 16
Titel:	1116.01.57503
Zweckbestimmung:	Disagio, Stückzinsen, sonstige Zinsausgaben

Ansatz Ist 2007:	4.912,4 T€
Ansatz Soll 2008:	9.900,0 T€
Ansatz Soll 2009:	17.200,0T€
Ansatz Soll 2010:	15.600,0T€

Frage/Sachverhalt:

Wie teilen sich die Ausgaben auf die einzelnen Ausgabearten auf?
Was sind im Einzelnen die Gründe für das starke Ansteigen der Ausgaben?

Antwort der Landesregierung:

2009: Disagio 16.200,0 T€; Stückzinsen: 1.000,0 T€; sonstige Zinsausgaben: -
2010: Disagio 14.600,0 T€; Stückzinsen: 1.000,0 T€; sonstige Zinsausgaben: -

Das Disagio ist die Differenz zwischen Ausgabepreis und Rückzahlungsbetrag bei Emission von Wertpapieren oder beim Verkauf von Schuldscheinen. Es ist ein Feinsteuerungsinstrument, mit dem der Nominalzins gestaltet werden kann, das insbesondere bei Wertpapieremissionen (Landesschatzanweisungen) verstärkt eingesetzt wird. Das Emissionsgeschäft wächst derzeit.

Ein höheres Disagio spiegelt sich stets in entsprechend niedrigerer Verpflichtung im Zinskupon, das heißt bei den originären Zinsausgaben. Bei Änderungen des Disagios unterm Strich also keine Mehrbelastung im Zinstitel. Stückzinsen und sonstige Zinsausgaben sind zu vernachlässigen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11 Allgemeine Finanzverwaltung
Seite:	82
Kapitel:	1116
Titel:	1116 01 575 04 MG 01
Zweckbestimmung:	Zinsausgaben für Kassenverstärkungskredite und Zinserträge

Ansatz Ist 2007:	-12.806,4
Ansatz Soll 2008:	-2.300,0
Ansatz Soll 2009:	-2.700,0
Ansatz Soll 2010:	-2.700,0

Frage/Sachverhalt:

Warum rechnet das Finanzministerium damit, dass der positive Saldo aus Zinserträgen und Zinsausgaben deutlich hinter den Ist-Werten der Jahre 2005 bis 2007 zurück bleibt?

Antwort der Landesregierung:

Die überaus guten Ergebnisse der letzten Jahre sind nicht für die Zukunft übertragbar. Sie sind vielmehr abhängig von der Kapitalmarktsituation, ob und wann langfristige Finanzmittel vom Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt werden. Zur Rückführung der Verschuldung des Landes muss dabei vorsichtig agiert werden.
Der zu erwartende Saldo wurde behutsam nach oben angepasst.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	82
Kapitel:	11 16
Titel:	575 10
Zweckbestimmung:	Ausgleichsrücklage für Zinsausgaben

Ansatz Ist 2007:	4254,9 T€
Ansatz Soll 2008:	-13096,1 T€
Ansatz Soll 2009:	1447,0 T€
Ansatz Soll 2010:	1039,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum rechnet das Finanzministerium entgegen der Mittelfristigen Finanzplanung mit einer Zuführung an die Rücklage anstatt mit einer Entnahme?

Antwort der Landesregierung:

Die Mittelfristige Finanzplanung 2006 – 2010 basiert auf den Planungen aus dem Juni 2006, während der Doppelhaushalt 2009 / 2010 im Frühjahr 2008 aufgestellt wurde. Aufgrund der Entwicklungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt innerhalb dieser zwei Jahre und der Geschäftstätigkeit des Kredit- und Zinsmanagements zur Optimierung der Zinsausgaben, hat sich folglich auch der Bestand an vertraglichen Verpflichtungen geändert.

Bei der Ausgleichsrücklage Rücklagen handelt es sich ausschließlich um Zinsbestandteile, der konkrete vertragliche Verpflichtungen zugrunde liegen. Sie unterliegen haushaltsgesetzlichen Zweckbindungen und beziehen sich auf bestimmte Geschäftsarten (siehe Erläuterungen zu Titel 11 16 575 10 im Entwurf zum Doppelhaushalt 2009/2010).

Die Veranschlagung der Ausgleichsrücklage für Zinsausgaben im Doppelhaushalt 2009/2010 Haushalt erfolgt saldiert, d.h. es handelt sich um den Saldo aus Zuführung und Entnahme.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	84
Kapitel:	11 16
Titel:	1116.05.54701
Zweckbestimmung:	Sachausgaben für den Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“

Ansatz Ist 2007:	144,5 T€
Ansatz Soll 2008:	321,0 T€
Ansatz Soll 2009:	348,0 T€
Ansatz Soll 2010:	393,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum liegen die geplanten Ausgaben deutlich über den in der Mittelfristigen Finanzplanung zugrunde gelegten Ausgaben?

Antwort der Landesregierung:

Insbesondere bei den Kosten für Emissionen und Kapitalmarktprogramme sind höhere Ansätze vorgesehen (z.B. 2010: + 50 T€). Das Land finanziert sich in der aktuellen Kapitalmarktlage verstärkt über Wertpapieremissionen (→ dies erfordert z.B. Aufwendungen für Emissionsrating) und verbreitert das Funding (Kreditbeschaffungsmöglichkeiten) durch Akquisition weiterer ausländischer Investoren über die Pflege eines Kapitalmarktprogramms. Beide Maßnahmen dienen der Optimierung (d.h. Senkung) der Zinsausgaben.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	11
Seite:	84
Kapitel:	11 16
Titel:	1116.05.81201
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen

Ansatz Ist 2007:	43,8 T€
Ansatz Soll 2008:	64,0 T€
Ansatz Soll 2009:	270,0 T€
Ansatz Soll 2010:	165,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Was soll im Einzelnen in den Jahren 09 und 10 angeschafft werden?

Antwort der Landesregierung:

DV-Ausstattung für die abschließenden Arbeiten am Verfahren „Ergebnis-Risiko-Steuerung der Zinsausgaben“, des weiteren Ersatzbeschaffung Hardware für das Kredit- und Zinsmanagement.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12 - Hochbaumaßnahmen des Landes
Seite:	12
Kapitel:	1203
Titel:	519 03
Zweckbestimmung:	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Landesvertretung in Berlin

Ansatz Ist 2007:	8,0
Ansatz Soll 2008:	97,0
Ansatz Soll 2009:	122,0
Ansatz Soll 2010:	122,0

Frage/Sachverhalt:

Warum sollen die Ausgaben ansteigen und warum liegen die geplanten Ausgaben so deutlich über den tatsächlichen Ausgaben der Jahre 05 bis 07?

Antwort der Landesregierung:

Der nach Zif. 12.1 des Haushaltsrunderlasses 2009/2010 zu ermittelnde Bauunterhaltungsansatz liegt bei rd. 49 T€
Aufgrund des repräsentativen Charakters der Landesvertretung wurde seit 2004 ff. von einem erhöhten Bedarf ausgegangen.
Da sich der erhöhte Bedarf nicht bestätigt, wird der Ansatz auf den rein rechnerischen Ansatz von 49 T€ zur NSL 2009/2010 reduziert.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12 - Hochbaumaßnahmen des Landes
Seite:	16
Kapitel:	1204
Titel:	711 01
Zweckbestimmung:	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ansatz Ist 2007:	708,9
Ansatz Soll 2008:	1.200,0
Ansatz Soll 2009:	1.500,0
Ansatz Soll 2010:	1.500,0

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Maßnahmen sind im Einzelnen in den Jahren 2009 und 2010 geplant?
2. Warum muss in 2010 eine weitere Verpflichtungsermächtigung über 1,5 Mio. Euro vergeben werden?

Antwort der Landesregierung:

Beim Titel 1204 – 711 01 wird jeweils eine große Anzahl von Baumaßnahmen, die in den Jahresbauprogrammen des Innenministeriums enthalten sind, geplant. Da das Bauprogramm sich noch in der Abstimmungsphase befindet, können die Maßnahmen noch nicht benannt werden. Es handelt sich um Kleine Baumaßnahmen im Geschäftsbereich des Innenministeriums mit Schwerpunkt im Polizeibereich. Die regelmäßige Vergabe von Verpflichtungsermächtigungen ist erforderlich, um bei den im Baubereich häufig mehrjährigen Maßnahmen eine Fortführung im Folgejahr sicherzustellen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12 - Hochbaumaßnahmen des Landes
Seite:	27
Kapitel:	1206
Titel:	519 10
Zweckbestimmung:	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Universität Kiel

Ansatz Ist 2007:	2.645,7
Ansatz Soll 2008:	2,500,0
Ansatz Soll 2009:	2.879,9
Ansatz Soll 2010:	2.996,3

Frage/Sachverhalt:

Warum steigen die Ausgaben gegenüber den Vorjahren und gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung an?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2007/2008 wurde der nach Haushaltsrunderlass 2007/2008 ermittelte rein rechnerische Ansatz von rd. 3,0 Mio. Euro auf 2,5 Mio. Euro gekürzt, da im Vorjahr die bereitgestellten Mittel nicht abgeflossen waren. Zur Haushaltsaufstellung 2009/2010 liegt der nach Zif. 12.1 HHR zu ermittelnde Ansatz wieder bei rd. 3,0 Mio. Euro, wobei dieses Mal von einer Kürzung Abstand genommen wurde, da die CAU einen erhöhten Bauunterhaltungsstau mit Maßnahmen belegt hat.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12 - Hochbaumaßnahmen des Landes
Seite:	27
Kapitel:	1206
Titel:	519 15
Zweckbestimmung:	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Universität Flensburg

Ansatz Ist 2007:	141,2
Ansatz Soll 2008:	160,0
Ansatz Soll 2009:	208,0
Ansatz Soll 2010:	214,2

Frage/Sachverhalt:

Warum steigen die Ausgaben gegenüber den Vorjahren und gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung an?

Antwort der Landesregierung:

Der ehem. FB Bauwesen in Eckernförde gehörte ursprgl. zum Liegenschaftsbestand der Fachhochschule Kiel. Damit war der Bauunterhaltungsansatz (ca. 40 T€) bei Titel 1206 - 519 07 veranschlagt. Nachdem diese Liegenschaft der Universität Flensburg zugeordnet wurde, wird somit auch die Bauunterhaltung beim Bauunterhaltungstitel der Universität Flensburg veranschlagt.
Der Bauunterhaltungsansatz der Fachhochschule Kiel hat sich in der Folge u.a. um ca. 40 T€ verringert.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12 - Hochbaumaßnahmen des Landes
Seite:	38
Kapitel:	1209
Titel:	711 01
Zweckbestimmung:	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

Ansatz Ist 2007:	433,5
Ansatz Soll 2008:	527,6
Ansatz Soll 2009:	700,0
Ansatz Soll 2010:	700,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sind im Einzelnen in den Jahren 2009 und 2010 geplant?

Antwort der Landesregierung:

Das Jahresbauprogramm für die Kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten befindet sich noch in der Abstimmung zwischen dem MJAE als zuständigem Ressort und der GMSH und wird voraussichtlich gegen Ende des Jahres in Gänze vorliegen. Über die Durchführung der einzelnen Maßnahmen wird erst im Rahmen der haushaltsmäßigen Anerkennung entschieden, die regelmäßig zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres erfolgt.

Geplant sind z. T. bereits anerkannte Baubedürfnisse, wie z. B. nutzerspezifische Anteile an Brandschutzmaßnahmen, Austausch von Deckenbeleuchtungen, Umbauten/Instandsetzungen für Vorführzellen, externe Nachtbriefkästen, Entfeuchtungsanlagen im Kellergeschoss u. ä.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12 - Hochbaumaßnahmen des Landes
Seite:	52
Kapitel:	1211
Titel:	533 01
Zweckbestimmung:	Verträge für Sonderprogramme des Bundes

Ansatz Ist 2007:	184,8
Ansatz Soll 2008:	2.400,0
Ansatz Soll 2009:	1.800,0
Ansatz Soll 2010:	1.800,0

Frage/Sachverhalt:

Bitte genauere Erläuterung des Titels.

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um Sonderaufträge des Bundes, die von der GMSH in Organleihe für das Amt für Bundesbau durchgeführt werden und nicht bauvorhabenbezogen sind (z.B. Baugrundsondierungen im Zusammenhang mit der Aufgabe von Standorten). Die Kosten werden der GMSH über das Amt für Bundesbau vom Bund erstattet. Die entsprechende Einnahme des Bundes ist beim Titel 1211 - 231 01 veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12
Seite:	74
Kapitel:	1220
Titel:	121 02
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus der Gewinnausschüttung der GMSH

Ansatz Ist 2007:	0,0
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	10.000,0
Ansatz Soll 2010:	6.000,0

Frage/Sachverhalt:

Warum rechnet das Finanzministerium mit deutlich zurückgehenden Gewinnausschüttungen der LVSH in 2010?

Antwort der Landesregierung:

Die in den Haushalt 2009 i.H.v. 10 Mio. € und für das Haushaltsjahr 2010 i.H.v. 6 Mio. € eingestellten Gewinnausschüttungen werden durch die bei der LVSH bestehenden Bilanzgewinne sowie die bestehenden Kapital- und Gewinnrücklagen ermöglicht. Unabhängig von der auch in den Folgejahren zu erwartenden positiven Entwicklung sollen die Ausschüttungen jedoch nur insoweit erfolgen, als dass die LVSH ihren bestehenden Verpflichtungen nachkommen kann und das laufende Geschäft der LVSH unberührt bleibt. Bei den Ausschüttungen handelt es sich somit nicht um kontinuierliche, gewinnabhängige Ausschüttungen. Sie berücksichtigen die Notwendigkeiten des operativen Geschäfts und lassen somit keinen direkten Rückschluss auf die tatsächliche Gewinnentwicklung bei der LVSH zu.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12
Seite:	75
Kapitel:	1220
Titel:	517 91
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftungsleistungen an die GMSH

Ansatz Ist 2007:	42.108,8
Ansatz Soll 2008:	44.113,6
Ansatz Soll 2009:	46.640,0
Ansatz Soll 2010:	46.840,0

Frage/Sachverhalt:

Warum steigen die Ausgaben an die GMSH 09 im Vergleich zu 08 um 2,5 Mio. Euro, im Vergleich zu 07 sogar um 4,5 Mio. Euro an? Sollte nicht eigentlich eine Einsparung erreicht werden?

Antwort der Landesregierung:

1. Der Anstieg des Ansatzes 2009 im Vergleich zum Soll 2008 resultiert aus der Zentralisierung der Energiekostenabrechnung der JVA's i.H.v. rd. 2,2 Mio. € im Finanzministerium. In dieser Größenordnung verringerte sich der Ansatz im Haushalt des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa im Titel 0903 51701. Die darüber hinausgehende Differenz trägt den sich allein bei den Energiekosten abzeichnenden Teuerungszuschlägen Rechnung. Tatsächlich erhöht sich der Ansatz bei den Betriebskosten von 2008 zu 2009 nur um den geschätzten Teuerungszuschlag i.H.v. rd. 300 T€
2. Das Soll des Jahres 2008 spiegelt die von der GMSH in 2007 vorgelegte Kalkulation der Bewirtschaftungsleistungen wider. Hier wurden im Vergleich zu 2007 Teuerungszuschläge für die Energiekosten i.H.v. rd. 1,1 Mio. € und für die allgemeinen Tarifsteigerungen (Personalkostenentwicklung) i.H.v. rd. 460 T€ erwartet. Eine gesetzliche Änderung der Betriebssicherheitsverordnung führte darüber hinaus zu einem geschätzten Mehraufwand i.H.v. 500 T€. Ein weiterer Mehraufwand i.H.v. 200 T€ ergibt sich durch eine Änderung bei den

Kleinreparaturen, die aus Gründen der
Verfahrensvereinfachung nunmehr mit den Betriebskosten und nicht wie bisher mit den
Baukosten abgerechnet werden. Die im Zusammenhang mit der Ausschreibung von
Bewirtschaftungsleistungen erwarteten Einsparungen können die Teuerungszuschläge
nur zu einem geringen Teil kompensieren, so dass der Ansatz 2008 im Vergleich zum
Ist 2007 um rd. 2 Mio. € erhöht wurde. Der tatsächliche Mehraufwand ergibt sich somit
aus den durch Veränderung des Nutzerverhaltens nicht zu beeinflussenden
Teuerungszuschlägen und der Änderung der Betriebssicherheitsverordnung.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12
Seite:	75
Kapitel:	1220
Titel:	518 92
Zweckbestimmung:	Miete für Drittanmietungen

Ansatz Ist 2007:	8.367,2
Ansatz Soll 2008:	8.405,3
Ansatz Soll 2009:	12.200,0
Ansatz Soll 2010:	12.200,0

Frage/Sachverhalt:

1. Um welche Anmietungen handelt es sich?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich um eine Vielzahl von Liegenschaftsanmietungen von privaten Dritten, bei denen der notwendige Raumbedarf nicht aus dem vorhandenen Liegenschaftsbestand der LVSH gedeckt werden kann. Der durch Drittanmietungen abzudeckende Raumbedarf verteilt sich auf die einzelnen Ressorts sehr unterschiedlich. Von den rd. 330 Drittmietverträgen entfallen schätzungsweise rd. 250 Verträge auf Anmietungen für Polizeidienstgebäude. Auf das MLUR entfallen rd. 37, auf das MJAE rd. 17 und auf das FM rd. 15 Drittanmietungen.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	12
Seite:	75
Kapitel:	1220
Titel:	518 92
Zweckbestimmung:	Miete für Drittanmietungen

Ansatz Ist 2007:	8.367,2
Ansatz Soll 2008:	8.405,3
Ansatz Soll 2009:	12.200,0
Ansatz Soll 2010:	12.200,0

Frage/Sachverhalt:

2. Warum steigt der Ansatz um fast 4 Mio. Euro an?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung hatte beschlossen, bis zum 1.1. 2009 auch die Zahlungen der Drittmieten zu zentralisieren. Vor diesem Hintergrund war es erforderlich, ab 2009 auch die für die bereits bestehenden Verträge vereinbarten Mieten i.H.v. 12,2 Mio. € zentral im Epl. 12 zu veranschlagen. Die Differenz zum Soll 2008 i.H.v. rd. 3,8 Mio. € erklärt sich wie folgt:

Im Innenministerium wurden unter Titel 0410 51801 bisher 2,671 Mio. € für Drittmieten veranschlagt, die im Rahmen der Zentralisierung des Solls 2008 nicht mit umgesetzt wurden sondern im Haushaltsplan des IM ab 2009 in Höhe von 2,4 Mio. € ersatzlos entfallen sind (s. Erläuterung im Epl 04). Darüber hinaus sind im Epl 04 für 2009 / 2010 jeweils rd. 1 Mio. € für die Drittanmietungen der Katasterämter veranschlagt worden, für die die Zahlungen ab 2009 jedoch zentral aus dem Epl. 12 erfolgen sollen. Insoweit erfolgte eine Doppelveranschlagung, die im Rahmen der Nachschiebeliste korrigiert wird.

Fragen der

FDP

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	19
Kapitel:	04 01
Titel:	613 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen zur Förderung von freiwilligen Gemeindlichen Gebietsänderungen

Ansatz Ist 2007:	79.500
Ansatz Soll 2008:	1.000.000 €
Ansatz Soll 2009:	300.000 €
Ansatz Soll 2010:	300.000 €

Frage/Sachverhalt:

Was ist der Maßstab für die jeweiligen Ansätze von 300 T€? Mit welchen Gebietsänderungen wird gerechnet?

Antwort der Landesregierung:

Maßstab des Ansatzes von 300.000 € für Zuweisungen für freiwillige gemeindliche Gebietsänderungen bildet ein für wahrscheinlich gehaltener Mittelbedarf.

Die Zuweisung beträgt pro Fusionsfall mindestens 30.000 € und höchstens 100.000 €.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	22
Kapitel:	04 01
Titel:	893 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an den Kommunalen Investitionsfonds

Ansatz Ist 2007:	691,6 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0 T€
Ansatz Soll 2009:	4.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	4.000,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie war das Ist 2006 und wie hoch sind die bisherigen Abflüsse im Jahr 2008?
2. Mit welchen Maßnahmen will das Land erreichen, dass auch tatsächlich 4 Mio. Euro pro Jahr an Zinszuschüssen gewährt werden können?

Antwort der Landesregierung:

Vorbemerkung:

Seit 2006 bis einschließlich 2009 gibt es im Kommunalen Investitionsfonds (KIF) ein Kontingent von jährlich 50 Mio. € für fünf Maßnahmebereiche (Schulbauförderung, Sanierung kommunaler Sportstätten, kommunaler Straßenbau, Förderung standardisierter IT-Infrastruktur an Schulen sowie sonstige Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen, die nach den KIF-Richtlinien förderfähig sind); Darlehen aus diesem Kontingent werden mit Zinszuschüssen in Höhe von 2% p. a. bis 2010 einschließlich aus dem Schleswig-Holstein-Fonds unterstützt. Dementsprechend sind seit dem Jahr 2006 - ansteigend bis 2010 einschließlich - Zinszuschüsse in Höhe von 1 Mio. €, 2 Mio. €, 3 Mio. € und zweimal 4 Mio. € (aus dem SH-Fonds) eingeplant.

Die 50 Mio. € - Kontingente aus dem KIF sind in den vergangenen Jahren vollständig mit Darlehen gebunden worden. Die Inanspruchnahme der Zinszuschüsse ist jedoch abhängig von dem Darlehensabruf durch die Kommunen bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Die Auszahlung der Zinszuschüsse erfolgt erst nach Abruf des KIF-Darlehens.

1. In 2006 wurden den Kommunen Zinszuschüsse aus dem Schleswig-Holstein-Fonds in Höhe von 921.028,68 € bewilligt. Tatsächlich ausgezahlt wurde davon in 2006 ein Betrag von 83.019,05 €

Bewilligt wurden bisher in 2008 Zinszuschüsse in Höhe von ca. 2,8 Mio. € (Stand:

15.09.2008). Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurden 683.196,90 € Zinszuschüsse ausgezahlt.

2. Es ist davon auszugehen, dass die 50 Mio. € - Kontingente aus dem KIF, an die die Zinszuschüsse in Höhe von 2 % jährlich geknüpft sind, auch in den Jahren 2008 und 2009 mit Darlehenszusagen gebunden werden.
Wie oben dargestellt, hängt von den Darlehensabrufen der Kommunen ab, in welcher Höhe die bewilligten Zinszuschüsse tatsächlich in den Jahren 2009 und 2010 zur Auszahlung kommen werden. Der Betrag in Höhe von 4 Mio € wird erreicht, wenn alle - auch aus den Vorjahren - bewilligten Darlehen abgerufen worden sind.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	22
Kapitel:	0401
Titel:	919 01
Zweckbestimmung:	Personalmrücklage

Ansatz Ist 2007:	2.000,0 T€
Ansatz Soll 2008:	0,0
Ansatz Soll 2009:	0,0
Ansatz Soll 2010:	0,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Stand der Rücklage zum 31.12.2007?

Antwort der Landesregierung:

Die Rücklage betrug 2.570,0 T€

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	25
Kapitel:	0401
Titel:	422 62
Zweckbestimmung:	Bezüge der Beamten

Ansatz Ist 2007:	410,2 T€
Ansatz Soll 2008:	207,8 T€ (+ 232,6 T€ übertragen aus 0401 428 62)
Ansatz Soll 2009:	435,9 T€
Ansatz Soll 2010:	429,1 T€

Frage/Sachverhalt:

Wenn in 2010 24 Anwärter mehr eingestellt werden sollen als in 2009, warum gehen dann die geplanten Ausgaben zurück?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze gehen nur minimal im Rahmen der durch das PKEK vorgegebenen Einsparquote zurück.

Die Ausbildung der Anwärter soll schrittweise statt im Angestelltenverhältnis wieder im Beamtenverhältnis erfolgen. Dies erfordert nach und nach eine Übertragung von Mitteln von Titel 428 62 zu Titel 422 62. Mit der Übertragung ist begonnen worden. Die weiteren Summen sollen im nächsten Haushalt nachgeführt und damit weiter den Ist-Ausgaben angeglichen werden.

Beide Titel sind untereinander deckungsfähig.

Veranschlagt sind im Übrigen outputorientierte Personalkosten.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	25
Kapitel:	0401
Titel:	428 62
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Ansatz Ist 2007:	692,5 T€
Ansatz Soll 2008:	1.978,5 T€ (232,6 T€ übertragen nach 0401 422 62)
Ansatz Soll 2009:	1.697,7 T€
Ansatz Soll 2010:	1.636,9 T€

Frage/Sachverhalt:

Die Ansätze sind in keiner Weise mit den Stellen im Stellenplan in Einklang zu bringen. Stellenplan sagt: 08 = 156, 09 = 64, 10 = 34. Also müssten sich die Ansätze drastisch reduzieren. Warum ist das nicht der Fall?

Antwort der Landesregierung:

Es wird verwiesen auf die Antwort zu Titel 0401 422 62:

Die Ausbildung der Anwärter soll schrittweise statt im Angestelltenverhältnis wieder im Beamtenverhältnis erfolgen. Dies erfordert nach und nach eine Übertragung von Mitteln von Titel 428 62 zu Titel 422 62. Mit der Übertragung ist begonnen worden. Die weiteren Summen sollen im nächsten Haushalt nachgeführt und damit weiter den Ist-Ausgaben angeglichen werden.

Beide Titel sind untereinander deckungsfähig.

Veranschlagt sind im Übrigen outputorientierte Personalkosten.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	29
Kapitel:	0401
Titel:	632 66
Zweckbestimmung:	Ausgleichsabgabe nach SGB IX

Ansatz Ist 2007:	- 16,7 T€
Ansatz Soll 2008:	226,8 T€
Ansatz Soll 2009:	37,8 T€
Ansatz Soll 2010:	63,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum rechnet das Innenministerium mit einem Rückgang der durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze und dadurch mit einem Anstieg der Ausgaben?

Antwort der Landesregierung:

Die Landesregierung ist bemüht, die bisherige Schwerbehindertenquote zu halten und möglichst auszubauen.

Der absehbare Rückgang der Schwerbehindertenquote steht im Zusammenhang mit der Verrentung bzw. Pensionierung der schwer behinderten Beschäftigten. Hinzu kommen Restriktionen durch die Vorgaben des Personalkosteneinsparkonzepts.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	30
Kapitel:	01
Titel:	883 71 (TG 71)
Zweckbestimmung:	Zuweisungen für infrastrukturelle Maßnahmen in der Metropolregion

Ansatz Ist 2007:	109,9 T€
Ansatz Soll 2008:	208,0 T€
Ansatz Soll 2009:	1.742,0 T€
Ansatz Soll 2010:	1.742,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Was genau soll mit den 1,742 Mio. Euro pro Jahr gefördert werden?
2. Warum erfolgt ein so erheblicher Anstieg der Ausgaben?
3. Aus welchem Grund müssen bereits jetzt Verpflichtungsermächtigungen erteilt werden?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.

Aus Mitteln des Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein werden vorrangig kommunale Infrastrukturinvestitionen gefördert. In besonderen Fällen können auch Regionalmanagementstrukturen im Rahmen der Umsetzung kommunaler Leitprojekte der Metropolregion Hamburg (MRH) gefördert werden.

Dabei werden besonders solche Projekte unterstützt,

- die zur Lösung regional bedeutsamer Probleme in den näher an Hamburg liegenden Teilgebieten und ferner in den Entwicklungs- und Entlastungsorten beitragen,
- die Ländergrenzen überschreiten,
- die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Metropolregion haben oder
- die Leit- und Modellprojekte der MRH in kommunaler Trägerschaft sind.

Wesentliche Schwerpunkte der Förderung sind:

- Stärkung der „Internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ der MRH (z.B. Projekte aus dem Bereich

- Wirtschaftliche Entwicklung, Tourismus und Kultur einschließlich Marketing);
- Daseinsvorsorge (insbesondere interkommunale Lösungen bei der technischen Infrastruktur und ÖPNV-Verknüpfungsmaßnahmen);
- Raumstruktur und Flächenmanagement (z.B. Siedlungs- und Gebietsentwicklung, Naturhaushalt).

Die Fördergebietskulisse bilden die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum-Lauenburg, Steinburg und Dithmarschen. Aus dem Ansatz können auch Landesgrenzen übergreifende Maßnahmen im Gebiet der Metropolregion Hamburg gefördert werden, die im Interesse der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg liegen.

Zu 2.

Die Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein und Hamburg/Niedersachsen sind ein zentrales Instrument der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Hamburg und Niedersachsen in der Metropolregion Hamburg. Seit 1960 sind dem schleswig-holsteinischen Teil der Metropolregion über den Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein für kommunale (Infrastruktur-)Projekte, die eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Metropolregion haben, ca. 285 Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden.

Die Förderfonds und die Mittel für die Finanzierung der laufenden Kosten der Zusammenarbeit sind die alleinigen finanziellen Instrumente zur Unterstützung des gemeinsamen Entwicklungsprozesses in der Metropolregion Hamburg. Zur finanziellen Absicherung der Metropolregion wurde Ende 2005 ein trilateraler Staatsvertrag abgeschlossen. Die jährlichen Ausgaben bleiben dadurch auf unverändertem Niveau. Das Land Schleswig-Holstein garantiert im Staatsvertrag, insgesamt 871.000 € p.a. für den Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein bereitzustellen.

Die Gesamthöhe des Fördervolumens verändert sich gegenüber den Vorjahren nicht. Bislang erfolgt die Förderung größtenteils aus einem Vorwegabzug im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 20 FAG). Beabsichtigt ist, den Vorwegabzug zu streichen und die Fördermittel künftig im Epl.04 des Landeshaushalts bereitzustellen (TG 71). Durch eine entsprechende Kürzung der Finanzausgleichsmasse erfolgt die Verlagerung aus dem kommunalen Finanzausgleich in den Epl. 04 des Landeshaushalts im Ergebnis ‚kostenneutral‘.

Der Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg beläuft sich auf 50% der Ausgaben, die unter dem Titel 332 71 vereinnahmt werden.

Zu 3. Es handelt sich um Verpflichtungsermächtigungen für Vorhaben, die erst im Folgejahr begonnen werden oder auch für Projekte, die sich über mehr als ein Kalenderjahr erstrecken.

Weitere Informationen (z.B. Richtlinien, Fördeleitfaden) sind im Internet abrufbar.

http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/KommunalesSport/KommunaleFoerderung/FoerderfondsMetropolregionHamburgSH/FoerderfondsMetropolregionHamburgSH_node.html_nnn=true

oder

<http://www.metropolregion.hamburg.de/>

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	34
Kapitel:	02
Titel:	381 01
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus dem Glückspiel

Ansatz Ist 2007:	0 T€
Ansatz Soll 2008:	6.174,0 T€
Ansatz Soll 2009:	6.174,0 T€
Ansatz Soll 2010:	6.174,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum war das Ist in 2007 bei 0 €? Reichten die Einnahmen nicht aus, um Überschüsse nach § 11 GlüStV an den Sport auszukehren?
2. Mit welchen tatsächlichen Einnahmen rechnet die Landesregierung 09 und 10?

Antwort der Landesregierung:

1. Gemäß § 8 Abs. 3 des Gesetzes über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten (GVoBl. 2004 S. 353) sind 8 %, mindestens 6,3 Mio. EUR, zur Förderung des Sports zu verwenden. Gemäß § 9 des vorstehenden Gesetzes sind davon 90 % für den Landessportverband Schleswig-Holstein, 8 % für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports und 2 % für die Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports zu verwenden. Das Innenministerium befindet demnach über die Verwendung von 6.174,0 €UR. Diese Mittel wurden auch in 2007 für die Sportförderung verwendet.

Allerdings wurde es versäumt die Einnahme zum Titel 38101 zu buchen, deshalb sind die im Titel 38101 genannten 0 EUR irreführend. Dies wurde mit der Haushaltsrechnung bereinigt. Das Verfahren wird in 2008 umgestellt.

2. Für die Jahre 09 und 10 werden gemäß § 10 Abs. 4 und § 11 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glückspielwesen in Deutschland (GlüStV AG) mit der gesetzlichen Mindestsumme von 6.174,0 T€ gerechnet.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	42
Kapitel:	0403
Titel:	518 01
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Ansatz Ist 2007:	946,5 T€
Ansatz Soll 2008:	970,0 T€
Ansatz Soll 2009:	985,0 T€
Ansatz Soll 2010:	1.005,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum wird mit einem Anstieg der Mietzahlungen beim Katasteramt Elmshorn gerechnet?
2. Wie ist demgegenüber der Rückgang der tatsächlichen Ausgaben von 2006 auf 2007 zu erklären?

Antwort der Landesregierung:

1. Der Mietzins für die Büroräume des Katasteramtes Elmshorn wurde für einen Zeitraum von 7 Jahren fest vereinbart. Nach Ablauf dieser Zeit ist im Jahre 2010 eine Erhöhung des Mietzinses zu erwarten.
2. Der Rückgang der tatsächlichen Ausgaben von 2006 auf 2007 ist zurückzuführen auf die Geltendmachung einer Mietminderung von rd. 13 T€ gegenüber dem Vermieter der Büroräume der Hauptstelle des Katasteramtes Flensburg als Folge eines Wasserschadens, der zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Nutzung der Büroräume des Katasteramtes geführt hatte.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	50
Kapitel:	0405
Titel:	231 01
Zweckbestimmung:	Zuweisungen vom Bund für die Zivilschutzausbildung

Ansatz Ist 2007:	157,1 T€
Ansatz Soll 2008:	90,0 T€
Ansatz Soll 2009:	90,0 T€
Ansatz Soll 2010:	90,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum sind die Ansätze deutlich unter den in den Jahren 2005 bis 2007 tatsächlich geflossenen Bundesmitteln?

Antwort der Landesregierung:

Der Bund hat angekündigt, sich teilweise oder ganz aus der Finanzierung der zivilschutzergänzenden Ausbildung zurückzuziehen. Dies würde bedeuten, dass sich die Einnahmen bei 231 01 erheblich reduzieren oder sogar ganz wegfallen könnten.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	55
Kapitel:	0405
Titel:	534 61
Zweckbestimmung:	Verwaltungsaufsicht, Aufklärung und Werbung

Ansatz Ist 2007:	58,5 T€
Ansatz Soll 2008:	75,0 T€
Ansatz Soll 2009:	90,0 T€
Ansatz Soll 2010:	100,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Warum soll in den Jahren 09 und 10 deutlich mehr verausgabt werden, als in der Mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt ist?
2. Warum waren die tatsächlichen Ausgaben in 06 und 07 deutlich unter den Ansätzen?

Antwort der Landesregierung:

1. Erhöhung des Ansatzes aufgrund

- steigender Anzahl von Jubiläen der Feuerwehren und damit einhergehender Verleihung sowie Beschaffung der Ehrengabe des Landes Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren,

- des kurzfristig entstandenen Projektes „kindgerechte Aufklärungsbroschüre“ für Kindergarten-Kinder im Rahmen der Brandschutzerziehung und -aufklärung,

- einer Sonderzuwendung für den Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein anlässlich der Messe „Interschutz 2010“ in Leipzig.

2.

- Das Verfahren zur Herausgabe von Feuerwehr-Dienstvorschriften und Ausbildungsmaterial ist vom Arbeitsfortschritt bundesweiter Gremien abhängig und lässt sich daher nicht immer konkret den jeweiligen Haushaltsjahren zuordnen.

- Die Durchführung oder Nichtdurchführung von Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Sonderzuwendungen) wird teils erst nach längerfristigen Verfahren durch Gremien (z. B. AK V, IMK, AFKzV) beschlossen und lässt sich daher nicht immer konkret den jeweiligen Haushaltsjahren zuordnen.

- Einsparungen durch neue Ausschreibungen bzw. Kündigung von Verträgen

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	66 f
Kapitel:	0407
Titel:	517 62 / 518 62
Zweckbestimmung:	Bewirtschaftung und Mietkosten der Gebäude

Ansatz Ist 2007:	1.317,4 T€ / 187,1 T€
Ansatz Soll 2008:	1.345,0 T€ / 187,1 T€
Ansatz Soll 2009:	1.345,0 T€ / 187,1 T€
Ansatz Soll 2010:	902,0 T€ / 187,1 T€

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none">1. Wie weit sind die Überlegungen des Innenministeriums gediehen, Überkapazitäten durch die Schließung eines Standortes abzubauen?2. Welche Kriterien legt das Innenministerium bei der Auswahl des zu schließenden Standortes zu Grunde und wann kann mit einer Entscheidung der Standortfrage gerechnet werden?3. Welche Rolle spielen bei den Überlegungen länderübergreifende Kooperationen?
--

Antwort der Landesregierung:

<ol style="list-style-type: none">1. Das Innenministerium hat sich im September 2007 in einer Strukturvorentscheidung für eine Konzentration auf den Standort Neumünster ausgesprochen. Eine Organisationsuntersuchung zu den Synergieeffekten der Zusammenlegung ist abgeschlossen. Noch nicht beendet ist eine seit Frühjahr 2008 vom Innenministerium durchgeführte vertiefende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Wesentlicher Bestandteil ist dabei eine Ermittlung der Investitionskosten, die bis 2023 in beiden Liegenschaften direkt oder indirekt auf das Land zukommen. Hier liegt noch keine abschließende Kostenschätzung der GMSH vor.2. Entscheidende Kriterien für die Strukturvorentscheidung waren für das Innenministerium die Kosten des Betriebes, der bauliche Zustand der Liegenschaften und der Hauptsitz des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten. Entscheidendes Kriterium für die abschließende Entscheidung werden die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sein. Eine endgültige Standortentscheidung soll noch in diesem Jahr erfolgen. Die Schließung einer Liegenschaft kann dann zum 31. Dezember 2009 erfolgen.
--

3. Das Land Schleswig-Holstein ist bundesgesetzlich verpflichtet, Erstaufnahmeeinrichtungen für die Unterbringung von Asylbegehrenden sowie von unerlaubt eingereisten Ausländern vorzuhalten. Es gibt keine Überlegungen zur länderübergreifenden Kooperation, da das Land Schleswig-Holstein bei einer solchen seine ausländerpolitischen Ziele nicht verfolgen kann.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	80
Kapitel:	04 10
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge der Beamten

Ansatz Ist 2007:	228.412,9
Ansatz Soll 2008:	226.392,2
Ansatz Soll 2009:	226.282,2
Ansatz Soll 2010:	226.758,2

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none">1. Wie erklärt sich eine Absenkung der Ansätze bei einer Erhöhung der Stellenzahl um 10 und den laut Stellenplan stattfindenden Höhergruppierungen?2. Wie erklärt sich die Absenkung vor dem Hintergrund, dass in 2007 tatsächlich 2 Mio. Euro mehr verausgabt wurde, als im Ansatz war?3. Welche Maßnahmen wurden vom Innenministerium jeweils beschlossen, um diese faktischen Einsparungen zu erbringen?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1. und 2:

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit der OG 042 wurden Budgetmittel aus anderen Personaltiteln zur Verstärkung genutzt.

Die Mittel für Tariferhöhungen sind im Einzelplan 11 veranschlagt und werden bei Bedarf in die Personaltitel umgesetzt.

Zu 3.

In den Haushaltsjahren 2009 und 2010 sind 5 Planstellen aus dem Bereich der Polizeiverwaltung wegen Erhöhung der Wochenarbeitszeit zur Einsparung gebracht worden und verringern damit das Personalkostenbudget.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	80
Kapitel:	04 10
Titel:	422 02
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte

Ansatz Ist 2007:	12.408,3
Ansatz Soll 2008:	10.653,4
Ansatz Soll 2009:	11.232,6
Ansatz Soll 2010:	11.232,6

Frage/Sachverhalt:

<p>4. Warum steigt der Ansatz in 2009, wenn laut Stellenplan 5 Stellen weniger vorhanden sind?</p> <p>5. Wie erklärt sich der Ansatz von 11,2 Mio. Euro in 2010, wenn laut Stellenplan zum 31.12.09 alle 35 Stellen wegfallen?</p>
--

Antwort der Landesregierung:

Zu 1:

Durch Übertragung von 579,2 T€ von 0410-428 01 im Zuge der Verbeamtung steigt der Ansatz. Die Stellenzahl verringert sich, weil 40 kw-Stellen mit Stichtag 31.07.08 abzuliefern sind, wobei die Stellenentwicklung nicht mit der Budgetentwicklung einhergeht, da die Mittel für die Besoldungserhöhung im Einzelplan 11 enthalten sind und bei Bedarf umgesetzt werden. Die Zuweisung dieser kw-Stellen - und daher auch die Realisierung von kw-Vermerken - wird nicht mit einer Budgetveränderung begleitet, da die Personalkostenbelastung aus dem vorhandenen Budget zu finanzieren ist.

Zu 2:

Die Zuweisung dieser kw-Stellen - und daher auch die Realisierung von kw-Vermerken - wird nicht mit einer Budgetveränderung begleitet, da die Personalkostenbelastung aus dem vorhandenen Budget zu finanzieren ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	82
Kapitel:	10
Titel:	511 01
Zweckbestimmung:	Ausstattung und Ausrüstung

Ansatz Ist 2007:	5.100,6 T€
Ansatz Soll 2008:	4.535,0
Ansatz Soll 2009:	4.425,0
Ansatz Soll 2010:	4.425,0

Frage/Sachverhalt:

Warum sinkt der Ansatz im Vergleich zur Mittelfristigen Finanzplanung um 90 T € pro Jahr ab?
Wie erklären sich die Rückgänge insbesondere bei den Verkehrsgeräten und den Waffen.

Antwort der Landesregierung:

Im Vergleich mit der Mittelfristigen Finanzplanung sind 110 T€ weniger veranschlagt.
Der sinkende Ansatz erklärt sich im Übrigen wegen interner Steuerung des Gesamtansatzes.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	82
Kapitel:	10
Titel:	514 01
Zweckbestimmung:	Verbrauchsmittel, Fahrzeuge

Ansatz Ist 2007:	9.767,0 T€
Ansatz Soll 2008:	7.500,0 T€
Ansatz Soll 2009:	9.870,0 T€
Ansatz Soll 2010:	9.870,0 T€

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none">1. Warum geht das Innenministerium davon aus, dass 2010 weniger für Treibstoff ausgegeben werden soll als 2009, trotz eines Anstieges der Fahrzeugzahl.2. Wie erklärt sich die Tatsache, dass am 1.2.2008 der tatsächliche Fahrzeugbestand deutlich höher ist als das Soll der Jahre 08 bis 10?3. Warum sollen bereits jetzt Verpflichtungsermächtigungen eingegangen werden?

Antwort der Landesregierung:

<ol style="list-style-type: none">1. Der Ansatz für die Treib- und Schmierstoffe ist in 2009 und 2010 mit 4.420,0 T€ gleich bleibend hoch.2. Der tatsächliche Fahrzeugbestand ist eine Stichtagsbetrachtung.3. Die Verpflichtungsermächtigungen werden benötigt, um Zahlungsverpflichtungen in den nächsten Jahren eingehen zu können.
--

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	85
Kapitel:	10
Titel:	518 99
Zweckbestimmung:	Leasingraten Fahrzeuge

Ansatz Ist 2007:	3.257,6 T€
Ansatz Soll 2008:	3.650,0 T€
Ansatz Soll 2009:	3.950,0 T€
Ansatz Soll 2010:	4.293,9 T€

Frage/Sachverhalt:

Warum ist der Ansatz 2010 um fast 300 T€ höher als in der Mittelfristigen Finanzplanung?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der Erhöhung der Anzahl der geleasteten Kraftfahrzeuge.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	85
Kapitel:	04 10
Titel:	525 01
Zweckbestimmung:	Ausbildung und Fortbildung

Ansatz Ist 2007:	1.468,6 T€
Ansatz Soll 2008:	1.800,0 T€
Ansatz Soll 2009:	1.660,0 T€
Ansatz Soll 2010:	1.660,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Was verbirgt sich hinter den 100 T€ „Sonstiges“?

Antwort der Landesregierung:

Aus dem Titel 525 01, Ziffer 4 der Erläuterungen „Sonstiges“, werden sonstige nicht aufteilbare Ausgaben in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung bezahlt, so z.B.

- die Fortbildungsseminare der Verhandlungsgruppe für Entführungen und Geiselnahmen etc.,
- Tauchkurse der PD AFB,
- Feuerlöschausbildungsseminare in Neustadt,
- Übungen für Sondereinheiten einschl. der Anmietung externer Flächen,
- die jährliche Fortbildungsveranstaltung für den höheren Polizeivollzugsdienst in Leck,
- die Anmietung für Räumlichkeiten für Veranstaltungen anlässlich des Ausbildungsabschlusses von Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes,
- Betreuungskosten für Kinder oder andere pflegebedürftige Angehörige, wenn der Beschäftigte an einer Fortbildungsveranstaltung teilnimmt und die Betreuung unerlässlich ist,
- Zeugnisse und Urkunden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	88
Kapitel:	10
Titel:	536 02
Zweckbestimmung:	Umzüge von Polizeidienststellen

Ansatz Ist 2007:	38,6 T€
Ansatz Soll 2008:	50,0
Ansatz Soll 2009:	36,5
Ansatz Soll 2010:	76,0

Frage/Sachverhalt:

Was ist in 2010 geplant, dass sich der Ansatz 2009 mehr als verdoppelt?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze sind erfahrungsgemäß stark schwankend.

Im Jahr 2010 ziehen mehr, bzw. größere Polizeidienststellen um, so dass in dem Jahr auch der Mittelbedarf ansteigt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	89
Kapitel:	10
Titel:	632 01
Zweckbestimmung:	Deutsche Hochschule der Polizei

Ansatz Ist 2007:	236,5 T€
Ansatz Soll 2008:	244,0 T€
Ansatz Soll 2009:	405,0 T€
Ansatz Soll 2010:	375,7 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der starke Anstieg in 2009?

Antwort der Landesregierung:

Die Deutsche Hochschule der Polizei beabsichtigt umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	91
Kapitel:	10
Titel:	811 01
Zweckbestimmung:	Erwerb von Fahrzeugen

Ansatz Ist 2007:	1.749,0 T€
Ansatz Soll 2008:	1.768,0 T€
Ansatz Soll 2009:	2.365,0 T€
Ansatz Soll 2010:	2.413,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie erklärt sich der starke Anstieg zu 2008 und zur Mittelfristigen Finanzplanung?
2. Warum sollen bereits jetzt Verpflichtungsermächtigungen von über 10 Mio. € vergeben werden

Antwort der Landesregierung:

1. Es handelt sich um die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen die zur Aussonderung anstehen. Der Ansatz in der Mittelfristigen Finanzplanung ist für die Ersatzbeschaffung nicht ausreichend.
2. Weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass für Beschaffungen Verpflichtungen in dieser Höhe eingegangen werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	94
Kapitel:	10
Titel:	525 61
Zweckbestimmung:	Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen

Ansatz Ist 2007:	0,9 T€
Ansatz Soll 2008:	51,0
Ansatz Soll 2009:	51,0
Ansatz Soll 2010:	51,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der enorme Unterschied zwischen den Ist-Werten der Jahre 05 bis 07 und den Ansätzen?

Antwort der Landesregierung:

In den Jahren 2005 – 2007 sind keine Übungen durchgeführt worden, die entsprechende Kosten verursachten.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	95
Kapitel:	0410
Titel:	514 63
Zweckbestimmung:	Unterhaltungs- und Betriebskosten für die Leitstellen und den Digitalfunk

Ansatz Ist 2007:	0
Ansatz Soll 2008:	3.350,0 T€
Ansatz Soll 2009:	3.465,8 T€
Ansatz Soll 2010:	3.886,6 T€

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none">1. Wann ist mit einem reibungslosen Einsatz des Digitalfunks zu rechnen?2. Sind die Ansätze für 09 und 10 auskömmlich? (Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung jeweils 3,5 Mio. Euro höher)
--

Antwort der Landesregierung:

<ol style="list-style-type: none">1. Nach schrittweiser Inbetriebnahme der Systemtechnik in den Netzabschnitten in den Jahren 2009 und 2010 erfolgt planmäßig ein sechsmonatiger Probebetrieb. Erst danach ist mit einem reibungslosen Einsatz des Digitalfunks zu rechnen.2. Ja, nach derzeitiger Zeitschiene und unter Berücksichtigung des bisherigen Verhandlungsstandes sind alle Mittel auskömmlich. Natürlich sind vor dem Hintergrund der Pionierarbeit und der Einmaligkeit einer solchen technischen Erneuerung Risiken gegeben, wie sie immer bei einem Großprojekt auftreten können.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	96
Kapitel:	0410
Titel:	812 63
Zweckbestimmung:	Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems

Ansatz Ist 2007:	252,0 T€
Ansatz Soll 2008:	23.275,0 T€
Ansatz Soll 2009:	25.857,2 T€
Ansatz Soll 2010:	11.229,3 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Bitte auflisten, welche Kosten wann wofür anfallen.
2. Wie erklären sich die Mehrkosten (rund 10 Mio. Euro) gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung?

Antwort der Landesregierung:

1. Die Investitionskosten gliedern sich wie folgt:

Funknetz:

- Ertüchtigung von Standorten für Basisstationen
- Abrufe von Netzabschnitten und Systemkomponenten bei der BDBOS
- Realisierung von Übertragungsstrecken
- Beschaffung von Systemen und Komponenten für die Landeszentralstelle Digitalfunk in S-H
- Installation von mobilen Basisstationen und weiteren Komponenten zur temporären Netzerweiterung oder Kapazitätserhöhungen sowie Gebäudefunkversorgung.

Endgeräte:

- Beschaffung und Betrieb von digitalen Funkgeräten für die Landespolizei
- Beschaffung und Betrieb eines landesweiten Programmiersystems für Endgeräte

Regionalleitstellen

- Antennenanlage KRLS Nord
- Herrichtung Eichhof Haus 12
- Ersteinrichtung Lage- und Führungszentrum und Regionalleitstellen
- verschiedene Umbaumaßnahmen

Die angemeldeten Beträge fließen schrittweise entsprechend dem Realisierungsfortschritt der Planung ab.

2. In den Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung sind die bisherigen Verzögerungen bei der Einführung des Digitalfunks nicht eingeplant gewesen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	98
Kapitel:	10
Titel:	632 65
Zweckbestimmung:	Havariekommando

Ansatz Ist 2007:	207,5 T€
Ansatz Soll 2008:	355,0 T€
Ansatz Soll 2009:	360,0 T€
Ansatz Soll 2010:	360,0 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie erklären sich die erheblichen Differenzen zwischen den Ansätzen 09 und 10 und den tatsächlichen Ausgaben der Jahre 05 bis 07?

Antwort der Landesregierung:

Es wurden nicht alle geplanten Übungen durchgeführt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	112 / 118 ff.
Kapitel:	0416
Titel:	331 01 (883 01) / 331 02 (883 04) / 883 02 / 883 05
Zweckbestimmung:	Zuschüsse des Bundes / Landes im Städtebauförderungsprogramm Sanierung und Entwicklung Zuschüsse des Bundes / Landes im Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt

Ansatz Ist 2007:	3.866,0 T€ / 2.711,7 T€ / 3.841,2 T€ / 2.329,8 T€
Ansatz Soll 2008:	3.671,0 T€ / 3.058,0 T€ / 3.692,6 T€ / 2.711,0 T€
Ansatz Soll 2009:	3.085,0 T€ / 3.390,0 T€ / 2.900,4 T€ / 2.990,8 T€
Ansatz Soll 2010:	2.782,0 T€ / 3.183,0 T€ / 2.175,4 T€ / 2.589,6 T€

Frage/Sachverhalt:

Was ist der Grund, verstärkt Maßnahmen des Programms „Soziale Stadt“ zu finanzieren und stattdessen Mittel für Sanierung und Entwicklung deutlich zu reduzieren?

Antwort der Landesregierung:

Als eine Folge der Föderalismusreform und der Einführung des Art. 104 b GG ist u. a. vorgesehen, das Bund-Länder-Programm „Sanierung und Entwicklung“ zu beenden. Bundesseitig wird das Programm seit 2005 stufenweise in der Höhe reduziert. An seine Stelle tritt das 2007 neu aufgelegte Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (s. Titel 331 09 / 883 09 und 883 10 MG 04).

Im Haushaltsentwurf ist dieser Sachverhalt abgebildet.

Eine Verstärkung des Programms „Soziale Stadt“ zu Lasten des Programms „Sanierung und Entwicklung“ ist nicht vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	114
Kapitel:	0416
Titel:	4er
Zweckbestimmung:	Personal

Ansatz Ist 2007:	
Ansatz Soll 2008:	
Ansatz Soll 2009:	
Ansatz Soll 2010:	

Frage/Sachverhalt:

Wo finden sich die Stellenpläne des Kapitels 04 16? Bitte zu den Titeln die jeweiligen Stellenzahlen angeben.

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen der outputorientierten Budgetierung sind alle Personalausgaben auf die Fachkapitel umgesetzt worden (vgl. Erläuterungen in Ziff. 7 des Vorwortes zum Einzelplan 04), so auch auf das Kapitel 0416, 4er-Titel.

Eine Zuordnung von Planstellen und Stellen entsprechend der outputorientierten Budgetierung ist nicht vorgesehen. Alle Planstellen und Stellen des Ministeriums sind im Kapitel 0401 veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	115
Kapitel:	0416
Titel:	681 02
Zweckbestimmung:	Erstattung von Wohngeld

Ansatz Ist 2007:	38.576,5 T€
Ansatz Soll 2008:	58.500,0 T€
Ansatz Soll 2009:	53.000,0 T€
Ansatz Soll 2010:	52.500,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Auswirkungen hat der am 4. Juli 2008 gefasste Beschluss des Bundesrates, das Wohngeld zum 1. Januar 2009 von 90 Euro auf 142 Euro im Monat ansteigen zu lassen?
2. Wird der Titel entsprechend aufgestockt oder werden die Kommunen den Mehrbedarf schultern?

Antwort der Landesregierung:

- 1.) Mit dem Beschluss wurde der Weg für die Wohngeldverbesserung (ab 01.01.2009) freigegeben. Die Gesetzesänderungen bedingen Mehrausgaben für den Bund und die Gesamtheit der Länder jeweils von p.a. 260 Mio. Euro (Schätzungen des Bundes). Für SH wird dies auf der Basis der vorgenommenen Schätzungen eine Mehrbelastung des Landeshaushalts gegenüber der Situation von 2008 um 12,3 Mio. Euro ausmachen. Diese Mehrbelastung wurde in den Haushaltsansätzen für 2009, 2010 und in der Finanzplanung berücksichtigt.
- 2.) ergibt sich aus 1.) Titel ist bereits aufgestockt. Keine Mehrbelastung durch die direkten Wohngeldausgaben aus vorgenannter Gesetzesnovelle für die Kommunen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	117
Kapitel:	0416
Titel:	633 04
Zweckbestimmung:	Zinszuschüsse an Sonstige (IB-Fonds Städtebauförderung)

Ansatz Ist 2007:	58,8 T€
Ansatz Soll 2008:	617,0 T€
Ansatz Soll 2009:	526,0 T€
Ansatz Soll 2010:	435,0 T€

Frage/Sachverhalt:

1. Wie erklärt sich der schleppende Abfluss der zur Verfügung stehenden Mittel (in 06 nur 186 T€ von 799 T€ und in 07 nur 58,8 T€ von 708 T€ abgerufen)?
2. Was passierte mit den nicht abgerufenen Mitteln?

Antwort der Landesregierung:

Zu 1: Auf Grund der niedrigeren Zinssätze in der Vergangenheit wurden einige Darlehen umfinanziert bzw. zum Teil auch abgelöst. Daher geringere Kosten. Eine Einflussnahme durch das Land ist nicht möglich.

Zu 2: Die nicht abgerufenen Mittel fließen am Ende des Haushaltsjahres im Rahmen des Jahresabschlusses zurück in den Landeshaushalt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	121
Kapitel:	0416
Titel:	883 08
Zweckbestimmung:	Zuschüsse des Landes für das Städtebauförderungsprogramm Stadtumbau West

Ansatz Ist 2007:	2.237,6 T€
Ansatz Soll 2008:	2.604,2 T€
Ansatz Soll 2009:	4.590,5 T€
Ansatz Soll 2010:	2.430,9 T€

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der hohe Anstieg von 2008 auf 2009?

Antwort der Landesregierung:

Die zur Finanzierung des Programms erforderlichen Landesmittel werden im Jahr 2009 teilweise aus Mitteln des Schleswig-Holstein Fonds (1.732,2 T€ übertragen aus Titel 1111 – 893 01) erbracht. Der dadurch erhöhte Ansatz des Jahres 2009 entlastet den Mittelansatz der Folgejahre, aber es handelt sich dabei nicht um eine Mehrausgabe in Höhe von 1.732,2 T€, sondern um eine reine Ausgabenübertragung von Kap. 1111 in Kap. 0416. Entlastung in entsprechender Höhe im Kap. 1111.

Zudem steigt das Programmvolumen bedingt durch die Höhe der bereitgestellten Bundesmittel von 9,162 Mio. € (3/3) im Jahr 2008 auf voraussichtlich 9,468 Mio. € (3/3) im Jahr 2009 an.